

Bezugspreis:

Stückpreis 16,50 M., monatl. 5,50 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Konvaleszenzliste ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 28. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Eine Denkschrift Wilsons.

Sonderfrieden mit Deutschland?

Basel, 27. Februar. (Z. N.) Nach dem „Echo de Paris“ kritisiert Wilson in einer Denkschrift zur ...

Wilson wurde unterrichtet, daß man in Verbandskreisen glaube, daß er infolge der Opposition zum amerikanischen Kongress ...

Der Inhalt der Antwort Wilsons.

Haag, 27. Februar. Wie der „Nouveaux Courants“ aus Washington ...

Nach der ersten Nachricht hält sich die Note Wilsons in einem ...

Deutsche Gefangenenbehandlung.

Zu dem Verlage von Helmar Hobbing ist der erste Bericht der Kommission zur Untersuchung der ...

Der Bericht zeigt, daß die deutsche Regierung bereits zu einer Zeit, als noch nicht damit gerechnet werden konnte, daß dem deutschen Volke die Auslieferung seiner Volksgenossen zur Aburteilung vor den Gerichten der Alliierten zugemutet werden würde, eine Untersuchung der gegen die deutsche Gefangenenbehandlung erhobenen Vorwürfe vor einer in ihren Entscheidungen gänzlich unabhängigen, nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten urteilenden Kommission in die Wege geleitet hat.

Beratung über die Auslieferungsfrage.

Berlin, 27. Februar. (Z. N.) Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten trat heute unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann zu einer längeren Sitzung zusammen, deren Gegenstand die Auslieferungsfrage bildete.

Verhaftungen wider Recht.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Frankfurt a. M. Trotzdem die Entente zugestanden hat, daß im Kriege besorgene Verdächtige vor einem Reichsgericht abgeurteilt werden, nimmt sie im besetzten Gebiete bereits Verhaftungen vor.

Die Regierung des Saargebiets.

Saarbrücken, 27. Februar. Heute vormittag hielt die Regierungskommission für das Saargebiet ihren offiziellen Sitzung in Saarbrücken.

Der französische Eisenbahnerstreik.

Zeitweise Mobilisierung.

Paris, 27. Februar. Ministerpräsident Millerand ist gestern Abend aus London zurückgekehrt und hat nach seiner Ankunft Vitalieder des Eisenbahnerverbandes empfangen.

Laut „Excelsior“ haben die Eisenbahner der Ostbahnen, der Nordbahnen und der Orleansbahn gestern Abend den Streik beschlossen.

Laut „Matin“ verteidigen gestern auf den Strecken der Bahn Paris-Lyon-Mittelmeer nur einige Züge.

Das Kräfteverhältnis in Straßburg.

Eine vorläufige Schätzung.

Das Straßburger Parteiblatt „Peuple“ vom 25. d. M. veröffentlicht ein Telegramm von de Brondère aus Straßburg, wo dieser die belgische Partei vertritt.

Caillaux' Rechtfertigung.

Paris, 27. Februar. Im Caillauxprozeß erklärte der Angeklagte, von dem Vorsitzenden Bourgeois über die Politik vor dem Jahre 1914 befragt, Frankreich habe nach dem Marokkoadkommen von 1909 bis 1911 in hohem Maße geschwächt.

Budapester Menschenraub.

„Fester Lloyd“ berichtet, daß noch zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, und zwar der Parteisekretär Nikolai Gervenska und der Sekretär des Eisenbahnerverbandes Eugen Pösch vermißt werden.

Wie das Flickwerk entstand.

Statistisches Material über Versailles.

Nach der Pariser „Illustration“ fanden vor der Ueberreichung des Diktatfriedens an die deutsche Friedensdelegation 1648 Sitzungen von 52 technischen Kommissionen statt.

Wie man sieht, eine schwere Geburt; aber das Kind ist auch danach. Noch nicht einmal ein Jahr alt und von den besten Autoritäten der verschiedensten Fakultäten bereits aufgegeben.

Die Heimkehr aus Sibirien.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgelapung teilte mit: Die Verhandlungen über die gegenseitige Heimkehr der Gefangenen mit dem Vertreter der Sowjetrepublik werden mit aller Beschleunigung geführt.

Religion und Sozialdemokratie.

Von Heinrich Schulz.

Nach der Reichsverfassung ist die Trennung der Kirche vom Staat im wesentlichen durchgeführt.

Damit ist eine alte Forderung des sozialdemokratischen Programms erfüllt: Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.

Diese grundsätzliche duldsame Haltung ist in Wirklichkeit und in Einzelfällen nicht immer gewahrt worden.

Ich habe schon früher einen Mangel an Mut oder an Konsequenz darin gesehen, wenn Sozialdemokraten, die innerlich mit der Kirche gebrochen hatten, die äußerlichen Bande weitertrugen.

Diese Haltung scheint mir auch heute unter den durch die Revolution veränderten Verhältnissen noch die richtige zu sein.

Andererseits verlangt aber die neue Zeit von den Sozialdemokraten, die mit Bewußtsein und Willen in ihrer kirchlichen Gemeinschaft verbleiben, eine andere Haltung als bisher.

Die alte Kirche war eine Staatskirche, ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klassen.

auf dem Bande — von einflussreichen Persönlichkeiten allen Stills bedrängt werden.

Im nächsten Frühjahr finden Kirchenwahlen statt. Ich kann mich nicht daran beteiligen, denn ich bin seit fünf- und zwanzig Jahren aus der Kirche ausgeschieden und habe alle damit zusammenhängenden Konsequenzen gezogen. Aber von den Genossen und Genossinnen, die in der Kirche verblieben sind und verbleiben wollen und dies zum mindesten durch Zahlung der Kirchensteuer auch praktisch bekunden, muß verlangt werden, daß sie nicht nur diese Pflicht erfüllen, sondern auch die ihnen zustehenden Rechte ausüben. Auch die Kirche muß in den großen Umwandlungsprozeß hinein, wenn sie nicht inmitten des sich anbahnenden demokratischen und sozialen Frühlings eine Kälte aufatmender Steinhäufen sein soll.

Gelingt es aber der Kirche, ihre Daseinsberechtigung auch in der heutigen Zeit freier Selbstentscheidung des Staatsbürgers zu beweisen, indem sie zahlreiche lebendige und tätige Mitglieder um sich zu scharen versteht, auch aus den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, so wird das zugleich dazu beitragen, vielen erbitterten Kämpfen aus früherer Zeit den Stachel zu nehmen. Ich denke hierbei besonders an die Gegensätze zwischen Schule und Kirche, die solange unerträglich waren, als die Kirche ein Organ in der Hand der herrschenden Kreise war und in dieser Eigenschaft vornehmlich auch zur Unterdrückung einer selbständigen und freien Entwicklung der Schule benützt wurde. Allerdings ist die Kirche auch jetzt noch kein lebendiges und wirksames Organ des Volkes, noch haben die maßgebenden Kreise von einst in den kirchlichen Gemeinschaften die Führung. Darin liegt zweifellos zurzeit noch eine gewisse Gefahr, die nicht verkannt werden darf. Ist diese Gefahr aber beseitigt und haben die religiös gestimmten Kreise des Volkes selber den entscheidenden Einfluß in den kirchlichen Gemeinschaften gewonnen, so wird damit auch auf die einfachste Weise der alte geschichtliche Gegensatz zwischen Schule und Kirche seine Gefährlichkeit für das soziale Zusammenleben verlieren.

Die preussische Verfassung.

Der Entwurf der neuen Verfassung für Preußen ist der Preussischen Landesversammlung zugewandt. Er umfaßt 60 Paragraphen. Den wesentlichen Teil des Entwurfs haben wir bereits in Nr. 97 des „Vorwärts“ vom 22. Februar wiedergegeben. Die ersten vier Paragraphen, die vom Staat und der Staatsgewalt handeln, lauten wörtlich:

§ 1. Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches.

§ 2. Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes.

§ 3. Das Volk gibt seinen Willen über die Staatsangelegenheiten kund durch den von ihm gewählten Landtag.

§ 4. Das Staatsministerium führt namens des Volkes die Regierung.

Von besonderem Interesse, weil wesentlich von dem bisherigen Zustand abweichend, sind die Bestimmungen über Bildung eines Finanzrats. Sie sind enthalten in dem Abschnitt VI, der vom Finanzwesen handelt, und zwar in den §§ 50 bis 57. Diese lauten:

§ 50. Zur Mitwirkung bei Besetzen von finanzpolitischer Bedeutung gemäß § 58 wird ein Finanzrat gebildet.

Dem Finanzrat gehören an:

1. Die nach Artikel 63 der Reichsverfassung von den Provinzialparlamenten bestellten preussischen Mitglieder des Reichsrats;

2. Kraft amtlicher Stellung für die Dauer des von ihnen bekleideten Amtes der Präsident der Oberrechnungskammer, der Präsident der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), der Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden und der Präsident der Zentralgenossenschaftskasse;

3. durch den Landtag zu wählende Mitglieder, die an Zahl zusammen mit den unter 2. genannten soviel betragen müssen, wie die unter 1. aufgeführten Mitglieder.

Die zu wählenden Mitglieder werden vom Landtag in gleicher Zahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt. Wählbar ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer seit mindestens drei Jahren die preussische Staatsangehörigkeit besitzt, mindestens ebenso lange in Preußen seinen Wohnsitz hat und das 35 Lebensjahr vollendet hat. Landtagsabgeordnete scheiden mit Annahme der Wahl aus dem Landtag aus. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre in der Weise, daß alle zwei Jahre ein Drittel der Gewählten ausscheidet und durch Neuwahl, bei der Wiederwahl zulässig ist, ersetzt wird. Die erstmalig nach zwei bzw. vier Jahren Ausscheidenden werden durch das vom Vorsitzenden zu ziehende Los bestimmt.

§ 51. Der Finanzrat tagt am Sitze der Regierung. Er versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern. Er wird vom Vorsitzenden berufen. Er ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 52. Der Finanzrat wählt seinen Vorsitzenden und seinen Schriftführer sowie deren Stellvertreter. Er regelt seinen Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung.

§ 53. Die Sitzungen des Finanzrats sind nicht öffentlich. Die Bestimmungen des § 19 finden entsprechende Anwendung. (§ 19 betrifft Anwesenheit und Rederecht der Minister, Redaktion.)

§ 54. Kein Mitglied des Finanzrats darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst zur Verantwortung gezogen werden.

§ 55. Die Mitglieder des Finanzrats erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes.

§ 56. Die Zustimmung des Finanzrats ist einzuholen:

1. wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Staatsregierung vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen;

2. für neue Steuern;

3. für die Aufnahme von Anleihen und Übernahme von Verbindlichkeiten;

4. für Ausgaben, für die noch keine Deckung durch Anleihen erfolgen soll.

§ 57. Beantragt der Finanzrat ein unter § 61 Biff. 1-4 fallendes Gesetz oder einen unter diese Vorschriften fallenden Beschluß, so hat er dies innerhalb zweier Wochen dem Landtag mitzuteilen und innerhalb weiterer zwei Wochen schriftlich zu begründen. Die Angelegenheit unterliegt alsdann erneuter Beschlußfassung des Landtags. Beschließt der Landtag mit Zweidrittelmehrheit, an seinem früheren Beschluß festzuhalten, so hat es bei letzterem sein Bewenden, sofern nicht die Staatsregierung von dem Recht der Auflösung des Landtags Gebrauch machen will.

Die Schaffung des Finanzrats entspricht im wesentlichen Wünschen der beiden bürgerlichen Regierungsparteien. Die Sozialdemokratie sieht der Einrichtung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Die Souveränität der Volksvertretung in Finanzfragen wird durch das neue Institut insofern eingeschränkt, als der Landtag in Streitfällen gegenüber dem Finanzrat nur dann obliegt, wenn eine Zweidrittelmehrheit geschlossen gegen den Finanzrat auftritt. In bürgerlichen Kreisen ist man freilich mit dem Finanzrat noch nicht einmal zufrieden, wie aus der von uns wiedergegebenen Stellungnahme der „Demokratischen Parteikorrespondenz“ hervorgeht. Man möchte den Finanzrat zu einer ersten Kammer ausbauen und auf diesem Wege das Zweikammersystem wieder einführen. Derartige Pläne sind für die Sozialdemokratie vollkommen unzulässig. Schon die Schaffung des Finanzrats bedeutet ein sehr weites Entgegenkommen an die Bürgerlichen; noch weiter kann aber auf keinen Fall gegangen werden.

Der zweite Japantransport.

Berlin, 27. Februar. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß voraussichtlich morgen der Dampfer „Rikyu Maru“ mit 48 Offizieren und 808 Mann aus Japan in Wilhelmshaven eintrifft. Damit ist dann der zweite Gefangenentransport aus Japan auf heimatischem Wege angelangt.

Schüler tat wird. Denn es ist so weit: Die Oberschulbehörde (Senator Genosse E. Krause, selbst ehemals Volksschullehrer, als alles verstehender Förderer) hat vor fast einem Jahre schon drei Volksschulen zur Verwirklichung der Gemeinschaftsschule hergegeben. Lottig, Göge und der Wendekreis übernahmen sie. Es gab natürlich nicht nur nach außen hin, wo unter der Führung des ehemals so freibeitlichen Otto Ernst die Reaktion ankam über die „wildgewordene Pädagogik“, sondern auch nach innen einen heißen Kampf. Denn wer kann sich ein Bild davon machen, was alles in 600 Schülerherzen gelöst wird, wenn ihnen eine Lehrerschaft vom ersten Male entgegentritt, die sich aller von oben verliehene Autorität entkleidet und ihnen nichts weiter sein möchte, als Mensch, nichts Weiteres und Geringeres als Kamerad und Freund, und wieviel Kerdenkraft zu solcher anfängenden Arbeit gehört? (Röhl). Schon heute kann man es sagen: die Gemeinschaftsschule hat sich durchgesetzt. Schon regt es sich überall in den Versammlungen der Eltern. In allen Stadtteilen finden sich die Gleichgesinnten zusammen, weitere Gemeinschaftsschulkreise in den Vororten Hammerbrook, Hamm und Barmbeck haben sich gebildet, auch ihnen wird — so hofft man zuversichtlich — die Oberschulbehörde demnächst weitere drei Schulen einräumen. Sie alle gründen sich auf die freiwillige Vereinskraft der Eltern. Umschlängelungsmöglichkeit ist in jeder Weise gewährleistet, so daß es wirklich gelingt, in Gemeinschaft von Schule und Haus neues Leben zu wecken.

Die Hamburger Oberschulbehörde hat sich durch die Förderung der Gemeinschaftsschulen Verdienst erworben über die Zeit hinaus. Hier hat die Revolution Wurzeln geschlagen, die nicht mehr auszurotten sind. Schon zeigen sich die ersten Früchte. Sie liegen in den Menschen selbst. Ein Geschlecht neuer Jugend wächst heran; ihr Volkstum, ihre Wanderschaften, ihr Wachstum ins Menschlich-edle und reine, ihre Bildung an sich selbst und untereinander, ihr Identifizieren und ist Glück, und wer mit dem Auge des die Dinge Wissenden darauf blickt, den erfüllt neuer fester Glaube an die Vollendung unserer Ziele und die — wenn auch ferne — Möglichkeit der Volksgemeinschaft.

Ludwig Rubiner ist Donnerstag in einer Berliner Klinik gestorben. Mit ihm ist der bekannteste Führer eines jungen Literaten- und Künstlerkreises dahingegangen, dessen Tendenzen mit dem Schlagwort „Ethismus“ charakterisiert werden. In seiner vor vier Jahren erschienenen Schrift „Der Mensch in der Mitte“ hat Rubiner diesen Tendenzen temperamentsvollen Ausdruck gegeben. Der Trägheit, „der großen Schläfrigkeit der Welt“, wird darin der Kampf angefochten, und die „Geistigen“ werden zu tätigen Führern der Menschheit aufgerufen. Ihre Weltreinheit, die die Vortriebe, Hemmungen und Beschränktheiten der Praxis nicht kennt, soll sie zu diesem Beruf besonders befähigen. Den verbrauchten Epochen der Menschheit, in denen entpörrer der Kosmos um des Ichs willen

Raub oder Recht?

Die deutschnationale Presse vertritt, wie nicht anders zu erwarten war, in der Frage der Kronabfindung den Standpunkt des Justizrats Loewenfeld und seiner Klienten gegen die Interessen der Allgemeinheit. Die „Kreuzzeitg.“ berichtet sich sogar dazu, die billige und ausländige Auseinandersetzung mit der Hohenzollernfamilie, wie sie sie vorschlagen, mit dem Einbruch in das Charlottenburger Mausoleum zu vergleichen. Sie provoziert dadurch die Feststellung, daß das meiste von dem, was sich heute als unbeschränktes Eigentum in den Händen der vornehmsten Familien befindet, auf eine Weise zusammengekommen ist, die man nach heutigen Begriffen nicht mehr als zulässig empfinden würde.

Daß die „Kreuzzeitg.“ von Rechtsbruch sabelt, ist nicht verwunderlich. Aber nun kommt die „Vossische Ztg.“ (von Staats- und gelehrten Sachen) und läßt sich gleichfalls so vernehmen:

Die Frage, ob ohne Verfassungsänderung eine solche Enteignung ausgesprochen werden könnte, ist zum mindesten strittig.

Diese Frage ist allerdings strittig, aber nur unter jenen, die über die Verfassung schreiben, ohne sie gelesen zu haben. Für alle anderen existiert sie nicht. Artikel 153 der Reichsverfassung besagt:

Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Grenzen ergeben sich aus den Gesetzen.

Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfall der Weg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen.

Es handelt sich um gar nichts anderes als darum, eine Ueberführung des hohenzollernischen Familieneigentums in Staatseigentum zu ermöglichen, ohne daß darüber an Gerichten prozessiert werden müßte, die jeden übereigneten Hofenknopf gewissenhaft nach seinem Wert einzutaxieren verpflichtet sind. Die Möglichkeit, den Gerichtsweg zu verschließen und die Abfindung der Abfindungsfrage in das Ermessen des preussischen Staates zu stellen, ist durch die Reichsverfassung gegeben, und sie ist durch den Erlaß eines einfachen Reichsgesetzes herzustellen. Ist ein solches Gesetz beschlossene, dann gibt es keine zwanzigjährige Prozessiererei, die ein ebenso langer Standal für die Hohenzollern wäre, sondern eine rasche und bequeme Auseinandersetzung, bei der die Hohenzollern — dafür sorgt schon das gute Herz der bürgerlichen Wehrheit — keineswegs auf den Bettelstab gebracht werden sollen. Der preussische Staat braucht nur, wie schon einmal gesagt wurde, ein Mittel, um sich gegen die übertriebenen Ansprüche der Familie und ihrer übrigen Anwälte überhaupt erst wehren zu können, und ihm dieses Mittel zu geben, scheint uns die Reichsgesetzgebung verpflichtet.

Die kommunistische Reichskonferenz aufgehoben.

Karlsruhe, 27. Februar. (Wolff.) Die Polizeidirektion Karlsruhe hat am Donnerstag in Durach eine im geheimen tagende Reichskonferenz der kommunistischen Partei Deutschlands aufgehoben, um festzustellen, ob sich unter den Teilnehmern gesuchte Persönlichkeiten (russische Spione) befanden. Sämtliche 51 Teilnehmer wurden nach der Polizeidirektion Karlsruhe gebracht. Unter ihnen befanden sich meist Norddeutsche, viel Frauen, u. a.: Klara Zetkin und zahlreiche Vertreter aus Oesterreich, Polen, Rußland und der Schweiz. Die Reichsangehörigen wurden nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt, die Ausländer dagegen werden bis zur Durchführung des Ausweisungsverfahrens vorläufig in Haft behalten. Aus den den Teilnehmern abgenommenen Papieren geht hervor, daß sich die Konferenz mit der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands befaßte, um aus ihr die politischen Schlussfolgerungen zu neuen Unternehmungen zu ziehen.

Die Hamburger Gemeinschaftsschulen.

Von Walter Victor.

Die Mitteilung, daß in Lichterberg die Einführung eines im neuen Geiste gehaltenen Religionsunterrichts beschlossen wurde, hat die folgenden auch die weitere Kreise beachtenswerten Ausführungen über die Hamburger Versuchsschule veranlaßt. Wir geben ihnen gern Raum. Denn so görend und unabgeklärt so manches noch bei diesen Stürmern und Drängern unter den Schulreformen sein mag, so zeigt doch das Hamburger Beispiel, daß heute schon auf einem besonders günstigen Boden der Aufbau einer wirklichen Gemeinschaftsschule genügt werden kann.

Als die Revolution die Bahn freigemacht hatte, regte sich in Hamburgs Lehrerschaft und Jugend mächtig. Lehrerrat, Elternräte, die Jugend selbst forderten stürmisch auch Revolutionierung der Schule. Ein Ausschuß für Versuchsschulen prüfte und beriet die Möglichkeiten, diesem Drängen Gehör zu geben. Den Vortrupp im Kampf um die Erneuerung des Schulwesens bildete der „Wendekreis“, eine Gruppe revolutionärer Lehrer (Zeidler, Tepp, Röhl, Schlitz, Jöde die bekanntesten Namen). Hervorgegangen aus proletarischer und bürgerlicher Jugendbewegung (Wanderbvogel) stellten sie das Ideal der Gemeinschaftsschule hin und propagierten es in Wort und Schrift, so rissen sie auch die ältere Generation mit sich, an deren Spitze sich die Schulleiter W. Lottig und A. Göge, seit Jahrzehnten um die geistige Hebung der Hamburger Arbeiterschaft hochverdiente Männer, in den Dienst der Sache stellten. Der Wendekreis reichte eine Denkschrift an die Oberschulbehörde ein und forderte die Ueberlassung einer Volksschule. Folgendes proklamiert er darin als Endziel: „Die Wendeschule will nicht auf das Leben vorbereiten im Sinne der alten Schule. Sie erstrebt ein ganz Neues: Frei von jeder Stofflaverei will sie eine Stätte reinen Menschentums sein, unabhängig von jeglichen staatlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Interessen.“ Sie hat allein die heilige Aufgabe, alle Entwicklungsmöglichkeiten dem Kinde offenzuhalten und zur Wirkung kommen zu lassen, die das Bewußtsein in ihm entfesseln und seine produktive Kraft stärken, damit es seinem Volke und der Menschheit zu dienen imstande und willens ist. Sie macht also nicht den Stoff, sondern den Menschen zum Mittelpunkt. Also: nicht lehren, sondern leben und erziehen ist ihr Wille.“

Man muß die Schriften des Wendekreises*) lesen und wird es auch dann nur unvollkommen erfassen, mit wie unendlicher Feinheit, mit wieviel Liebe diese Menschen zu Worten gehen, man muß ihr Blatt „Die Wende“ und ihre Elternzeitungen gelesen haben, um es ahnen zu können, wie hier die Gemeinschaft: Lehrer, Eltern,

*) Die wichtigsten Schriften sind: „Der erzehrende Gros“ von Kurt Zeidler, „Der Sinn des Körpers“ von Max Tepp und „Pädagogik eines Wesens“, Sammelband des Wendekreises, sämtlich im Verlage von Ad. Saal, Hamburg-Bandsböd.

oder das Ich um des Kosmos willen da wäre — werde jetzt der Anbruch einer neuen Zeit folgen, in der der Mensch um des Menschen willen da sei, eine Zeit des Brudergefühls, der Gemeinschaftsüber, der „Erdballgestirnung“. Die meisten der in dem Buch niedergelegten Ideen sind wenigstens für uns Sozialisten nicht neu, aber in den Kreisen der bürgerlichen Jugend wirken sie teilweise als Offenbarung, und der schwungvolle Ton herrlicher Begeisterung, in dem sie vorgetragen wurden, macht die Deklarate der Schrift zum ästhetischen Genus. Das Idealbild einer auf allgemeiner Menschlichkeit erbauten anarchistischen Gesellschaft gestaltet Rubiner in einem fesselhaft interessanten Drama „Die Gewaltlosen“, das demnächst in Stuttgart zur Aufführung kommen soll. Dem jetzt im Alter von 33 Jahren an einer Lungenentzündung Verstorbenen wurde vor wenigen Tagen von der Gesellschaft „Das junge Deutschland“ eine Ehrengabe als Anerkennung seines dichterischen Schaffens zugesprochen.

Die Abonnements des „Großen Schauspielhauses“. Eine Berliner Korrespondenz verbreitet folgendes: Bei Max Reinhardt ist man nicht nur im künstlerischen, sondern auch im Geschäftlichen großzügig. Bereits jetzt wird das Publikum eingeladen, Abonnements für die nächste Spielzeit des „Großen Schauspielhauses“ zu nehmen. So stehen schon heute einige Millionen Mark in die Kasse des „Großen Schauspielhauses“ — für Leistungen, die es frühestens zu Beginn der neuen Spielzeit, also im Herbst beginnt und erst nach einem Jahre im Frühjahr 1921 beendet. Das heißt: daß sich die Kasse des „Großen Schauspielhauses“ von seinen Besuchern ein halbes Jahr vorher einen Vorstoß von Millionen geben läßt, den es nicht zu verginsen braucht.

Wir nehmen an, daß diese Mitteilung nicht zutrifft. Sollte es aber doch der Fall sein, so werden die Abonnenten sicher in irgendeiner Weise zu entschädigen sein.

Neue Filme. In der „Schauburg“ am Potsdamer Platz wird ein „romantischer Film“, „Die Geister der Gärten“, von Johannes Jübling, nach einem Roman Robert Krafts, vorgeführt. Eine grüselnerregende Glaubwürdigkeit im Stile Conan Doyles. Aber das Gruselnerregende allein ist kein Kunststück und Conan Doyle ist nicht deshalb ein Meister in seinem Genre, weil er bei seinen Lesern Herzklopfen hervorgerufen versteht, sondern vor allem, weil er die schwärzlichen und dunkelsten Bewandlungen mit strenger Logik auflöst. Ob dies in Krafts Roman der Fall ist, wissen wir nicht, der Aufbau des Jüblingschen Films ist jedenfalls in dieser Beziehung außerordentlich dürftig: die sogenannte Wufführung im letzten Teil dürfte selbst den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Erica Bläher, die die weibliche Hauptrolle spielt, scheint Temperament mit Wildheit und Rapsellosigkeit zu verwechseln, was in dem ohnedies ziemlich dübel aufgetrichenen Bild doppelt unangenehm auffällt.

Der Verein „Arbeiter-Hochschule“ veranstaltet von Donnerstag den 4. März ab an fünf Donnerstags Abenden von 6-7½ Uhr eine Vortragsreihe über Richard Wagner, sein Leben und Schaffen“ mit Erläuterungen am Klavier. Dozent A. Ernst.

Von der Psychologie des Vaness“ spricht bei freiem Eintritt Redig. Dr. Ing. Alfred Reichle am Sonnabend im Dorotheenstädtischen Realgymnasium, Dorotheenstr. 12, abends 7 Uhr.

Theater. Anstöße Extravaganza von Ludwig Hartau hat die Ueberführung von „Rudis Nicolo“ eine weitere Verschlebung erfahren müssen. Dafür gelangt Bedelinds „Schloß Wetterheim“ zur Aufführung.

Deutsche Nationalversammlung.

Kleine Anfragen — Reichseinkommensteuergesetz.

142. Sitzung; Freitag.

Am Regierungstisch: Dr. Veil, Koske, Moesle. Auf der Tagesordnung stehen 36 kleine Anfragen, die zum Teil bereits erledigt sind.

Abg. Düwel (N. Soz.) weist darauf hin, daß Fahnenflüchtige zur Verantwortung gezogen werden, die in den ersten Revolutionsmonaten vom alten Reichsheer desertierten. Regierungsvorwort: Die Amnestie vom 12. Dezember erstreckt sich nicht auf alle Vergehen.

Abg. Jell (Zentr.) behauptet, daß die Entlassungsanträge nicht dem Handwerk zur Verfügung überwiesen worden sind. Es wird mitgeteilt, daß das nach Möglichkeit getan worden ist.

Abg. Rumm (Nat. Sp.) hebt hervor, daß die Vermögenslage der Landesversicherungsanstalten zu größter Besorgnis Veranlassung gebe. Abhilfe wird zugesagt.

Abg. Frau Dr. Schirmacher (Dnat.) fragt, ob es richtig ist, daß die französischen Wachsoldaten der Gefangenenlager für jeden lebend eingebrachten deutschen Flüchtling 25, für jeden Toten aber 50 Fr. erhalten. Legationsrat v. Keller erwidert, daß auf die Vorstellung der deutschen Regierung Anfang Januar die französische Regierung bis heute noch nicht geantwortet hat. (Hört! hört!)

Abg. Frau Jell (N. Soz.) führt Beschwerde, daß Minister Koske den konterrevolutionären Führer Awaloff-Vermondts empfangen und bewirtet hat, trotzdem in Deutschland Mangel an Lebensmitteln herrscht. (Lachen.) Koske hätte Vermondts entlassen und internieren müssen, wie seine gesamte Truppe. Willigt die Regierung dieses völkerrechtswidrigen Verhalten, das gleichzeitig eine Feindseligkeit gegen Sowjet-Rußland darstellt? Hauptmann Gahl: Minister Koske hat Herrn Vermondts angehört; alle anderen Behauptungen sind falsch. (Hört! hört! und Weiterkeit.)

Abg. Rumm (Dnat.) wendet sich dagegen, daß im Lande Hamburg verfassungswidrig nach einer Anordnung des Arbeiters- und Soldatenrats an den Schulen noch immer kein Religionsunterricht erteilt wird. Freiherr v. Welfer: Die Verhandlungen der Regierung mit Hamburg über diesen Punkt sind noch nicht abgeschlossen.

Es folgt die zweite Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes.

Abg. Dr. Blund (Dem.) berichtet über die Ausschlußverhandlungen. Die Steuergesetze liegen seit drei Monaten der Öffentlichkeit vor. Die interessierten Kreise konnten dazu Stellung nehmen und der Nationalversammlung ihre Wünsche mitteilen. Der Vorwurf der Ueberhabung mag für viele Steuergesetze der früheren Regierung gelten, ist jetzt aber durchaus ungebracht und wirkt nur verkehrend. Das muß mit aller Entschiedenheit betont werden.

Das Haus vertagt sich. — Sonnabend 1 Uhr Weiterberatung. Schluß 5 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Das weibliche Dienstjahr — Die Wadereise der Armen.

Nach Erledigung des Baukostenantrages begründet Abg. Frau Brandts (Z.) einen Antrag auf Einführung eines einjährigen pflichtmäßigen hauswirtschaftlichen Unterrichts als Grundlage der in der Reichsverfassung vorgesehenen Fortbildungsschule.

Abg. Frau Hanna (Soz.): Ich schlage vor, den Antrag dem Ausschuss für Handel und Gewerbe zu überweisen. Nicht alle Frauen kommen dazu, eine Ehe einzugehen. Deren Berufsausbildung leidet unter dem hauswirtschaftlichen Unterricht. Das erste Fortbildungsdienstjahr ist übrigens für diesen Unterricht ungeeignet, weil dann die Mädchen noch zu jung sind.

Abg. Frau Dönhoff (Dem.): Ich habe Bedenken gegen die vorgeschlagene Anwartsregelung, soweit sie eine Verlängerung

der Schulzeit bedeutet. Wir wünschen, daß die häusliche Erziehung der Mädchen sich auf längere Zeit verteilt.

Abg. Frau Dr. Spöhr (Dnat.): Die hauswirtschaftliche Ausbildung darf nicht länger nebenbei betrieben werden. Gerade die hauswirtschaftlichen Berufe weisen einen großen Mangel an Arbeitskräften auf. Alle Mädchen, gleichsam welchen Standes, müssen lernen, sparsam zu wirtschaften. Die beste Anleitung wird natürlich die Mutter geben können. Wo geschieht das aber noch? Die begüterten Stände sehen oft in einer solchen Tätigkeit etwas Entwürdigendes, während es in den auf Erwerb ausgehenden Kreisen an Zeit mangelt. Die hauswirtschaftliche Ausbildung darf aber unter der beruflichen nicht leiden. (Sehr richtig!) Es gibt allerdings eine Fülle sachlicher und finanzieller Fragen. Deshalb bedarf es eingehender Beratung im Ausschuss. (Beifall.)

Als das Haus nach kurzen Ausführungen der Rednerinnen der übrigen Parteien über die Verweisung des Antrages an den Ausschuss für Handel und Gewerbe abstimmt, wird Anzahlung (Sammlung) nötig. An der Abstimmung beteiligen sich nur 150 Abgeordnete. Das Haus ist also beschlußunfähig. Die Sitzung wird geschlossen. Präsident Feinert beraumt auf 4 Uhr 55 die nächste Sitzung an.

In dieser zweiten (125.) Sitzung nimmt das Haus nach kurzer Beratung einen demokratischen Antrag auf Neuordnung der Reichsversicherungsordnung an.

Abg. Dr. Schmittmann (Zentr.) beantwortet einen Antrag, die staatlichen Badehäuser und Bade wohnhäuser den Krankenklassen und Versicherungsanstalten zur Durchführung ihrer Heilfürsorge zu ermäßigten Preisen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Waldenauer (D. Sp.) möchte auch den Mittelstand in den Antrag einbeziehen.

Ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums: Die unter dem Landwirtschaftsministerium stehenden Wälder bieten verschiedene Möglichkeiten, ihre Benutzung auch Kinderheimen zugänglich zu machen. Ob es möglich sein wird, die betreffenden Vergünstigungen auch auf weitere Kreise, wie Krankenkassen usw., auszudehnen, erscheint doch zweifelhaft.

Ein Vertreter des Handelsministeriums: Die Kuranstalten arbeiten in großem Umlauf mit Krankenkräften und Versicherungsanstalten. So daß z. B. in einem unserer Badeorte 45 Proz. der Kurgäste Vergünstigungen durch deren Vermittlung erhielten.

Abg. Müller-Hannover (Soz.): Wir wollen ja die Angelegenheit gar nicht überhitzten, aber wir wünschen nicht, daß die Wälder von Schiefern überdillert werden. Wir sind für Ueberweisung der Anträge an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik.

Die Anträge gehen an diesen Ausschuss.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Anträge. Schluß 6 Uhr.

Die Mandate der Verlorenen. Der Geschäftsausschuss der Reichsversammlung hat die Mandate der Verlorenen der Reichsversammlung übergeben. Die Mandate der Verlorenen sind in den abgetretenen Gebieten wohnen, ihre Mitgliedschaft im Hause verlieren. Die Verhandlungen wurden noch nicht zu Ende geführt, da man den Verlust machen will, sich mit der Nationalversammlung über diese Frage zunächst einmal ins Benehmen zu setzen.

Parteinachrichten.

Es geht vorwärts!

Auf Anregung der ländlichen Bezirke plant der Vorstand der sozialdemokratischen Partei für Schleswig-Holstein neben der täglichen Parteipresse ein monatlich erscheinendes Organ für die Bedürfnisse des ländlichen Landes herauszugeben. Neben der Partei- und Wirtschaftspolitik und den Befürdungen des Landarbeiterverbandes müßte auch dem Unterhaltungsstil für die Frauen und Kinder ein besonderer Raum gewährt werden. Die Vorarbeiten für das neue Organ sind bereits im Gange und wird die erste Nummer voraussichtlich am 1. Mai herausgegeben werden können. — Genosse Hörsing ist zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt und bereits in sein Amt eingeführt worden. — In Meissen

wurden bei den Neuwahlen von 12 unbesoldeten Stadträten neun Sozialdemokraten und drei bürgerliche gewählt. — Den ersten Mai 1920 durch völlige Arbeiterruhe zu feiern beschloß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurt. — Der Bezirksverband für die nördliche Provinz Sachsen und Anhalt hat den ordentlichen Parteibeitrag für männliche Mitglieder auf 30 Pf., für weibliche Mitglieder auf 25 Pf. die Woche erhöht. Außerdem soll für den Wahlfonds ein Extrabeitrag von 4 Mark und für den Pressefonds ein solcher von 2 Mark erhoben werden.

Groß-Berlin

Berliner Liebesgaben in Wien.

Unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiterzeitung“, gibt einen Bericht über die Verteilung der deutschen Liebesgaben. Nach diesem Bericht waren die Spenden so reichlich, daß selbst Familien mit 1 bis 3 Kindern bedacht werden konnten. Größere Quantitäten von Pasterfäden, Mehl, Bohnen und Graupen wurden pfundweise verteilt, und jede Familie bekam 4 Pfund Mehl und Mehlprodukte. Ueberall war die Freude über die deutsche Hilfsbereitschaft groß, war es doch den einzelnen Familien möglich, sich nach langer Zeit wieder einmal ein paar reichliche Mahlzeiten herzustellen. Einige zwar erlebten eine arge Enttäuschung, denn die „Kaiserküchen“ hatten sich der Hoffnung hingegeben, man würde aus Deutschland Schokolade und lindenblütliche Milch schicken. Wenn wir das hätten, ihr lieben Wiener, dann würden wir Euch gern auch davon etwas abgeben! Aber — — —

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ drückt im Anschluß daran eine Anzahl Briefe ab, die den Liebesgaben beiliegen. Wir geben davon die folgenden wieder:

Fröhliche Weihnachten! Ich schicke wenig, aber auch herzlich; habe selbst noch vier Geschwister. Willh. Junge, Berlin-Mariendorf, Eitelicher Str. 18.

Da ich von der großen Hungersnot in Wien gehört habe, will ich nicht versäumen, etwas zu geben. Es ist nicht viel, ich gebe ja, was ich eben kann. Ich würde mich herzlich freuen, eine Nachricht von Ihnen zu bekommen. Es grüßt herzlich Ihre Hilbegard Grund nebst Eltern. Berlin N. 20, Hochstr. 411.

Lieber Empfänger! Von unserem Wenigen geben wir gern für Euch, was wir entbehren können, und wenn es auch nicht viel ist, so geben wir es mit Herzen gern. Hoffentlich kommt es noch vor Weihnachten in Eure Hände. Wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr uns schreiben würdet, wie und wann es angekommen ist, und wenn wir können, dann schicken wir Euch wieder etwas. Viele herzliche Grüße! Richard Krause und Familie, Berlin O. 112, Simon-Dach-Str. 40, Hof vier Treppen.

Ein kleines Mädchen hat folgendes hübsche Gedicht gemacht: Ich Du die Gräupchen, Dann schick durch Täubchen Grüße mir zu, Bin erst elf Jährchen Und Augen wie der Himmel so blau.

Herzliche Grüße von der Schülerin Hela Doerf nebst Pflegerkern, bei Biele, Berlin N. 87, Chariner Str. 83.

Ich mit diesen Gaben auch nicht die Rot Wiens gebannt, so wurde doch ein ganz klein wenig geholfen und vor allen Dingen der Beweis erbracht, daß die Solidarität unter den beladen Wäldern trotz der schweren Not noch weiter lebt und auch in Zukunft blühen und gedeihen wird.

Wie groß das Elend in Wien ist, dafür folgendes furchtbare Beispiel: In der Woche vom 8. bis 14. Februar fanden 1092 Todesfälle 378 Lebendgeburt gegenüber.

Da werden Weiber zu . . .

Ein Parteigenosse schreibt uns: Als ich kürzlich mit der letzten R bis zur Cauerstraße, Charlottenburg, gefahren war, kamen mir die Cauerstraße herab drei

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufzeichnungen von Hans Müller-Schlösser.

Jetzt erst bemerkte Jan ihn, schluckte den Bissen herab und betrachtete den Mann neugierig und mit der Unbefangenheit der Jugend.

Der Mann nickte ihm breitgrinsend zu, nahm die Pfeife wieder aus dem Munde und sagte:

„Jung, was machst du hier?“

„Ich eh.“

„So, so; ich mein', wo du bist, wo du dein' Arbeit hast?“

„Nirgend's.“

„Am, hm, du bummelst also?“

„Ond, Mann, ich such' neue Arbeit.“

„Am, hm, du suchst neue Arbeit, — hm, hm, ja —, was ich sagen wollt' — Arbeit kannst du bei mir finden. Steh' mol op!“

Jan erhob sich.

„Ich brauch' ne Schiffsjung. Ich fahr' mit Eisenzug nach Rotterdam. Willst du mit?“

Jan kratzte sich an der Nase und versuchte, aus den Gesichtszügen des Mannes die Absichten auf Behandlung und Beförderung zu erräthen. Und wenn ihn die Untersuchung auch nicht ganz befriedigte, weil, wenn auch die Hülle des Mannes sein spezielles Sinn und seine Gängebäden auf eine gute Kost rechnen ließen, die kalten, grauen, listigen Augen aber und der rohe Mund keinen freundlichen Empfang versprachen, so antwortete er doch langsam und gedehnt:

„Nooo —“

„Dann komm!“

Der Mann machte kehrt und schritt voran.

Jan nahm sein Bündelchen und folgte ihm.

Eine Stunde später stand Jan, ein irdenes Rumpchen in der Hand vor der Kommissur auf dem Postschiffe „Jan von Werth“, um als letzter in der Reihe der Schiffsmannschaft sein Mittagessen zu holen.

Der Kapitän, denn das war der Mann, der ihn geholt hatte, stand vor einem großen Kesselfessel und schleppte mit einem riesigen Löffel Suppe heraus, sich zuerst.

Jan sah, daß das große Eßgeschirr des Kapitän drei solcher Löffel faßt und damit bis zum Rande gefüllt war, so daß es der Kapitän mit beiden Händen vorsichtig, damit es nicht schlabberte, dovontrug. Die anderen von der Schiffsmannschaft hatten dagegen alle das nämliche Rumpchen wie

Jan, und als er an die Reihe kam, blieb nur noch ein halber Löffel übrig, der auf dem Boden des Rumpchens in kleinen, traurigen Wellen schaukelte.

Jan zog den Schluß, daß die große Kumppe des Kapitän mit dem geringen Inhalt seines Rumpchens in unerschlichem Zusammenhang stehen müßte. Und als er abends wieder mit den anderen vor dem großen Kesselfessel stand, und der Kapitän, nachdem er sich selber wieder zuerst seine Kumppe mit drei großen Löffeln gefüllt hatte, die Portionen verteilte, fand er seine Schlußfolgerung bestätigt, weil wiederum für ihn bloß ein Restchen übrig blieb.

Er legte sich mit hungrigem, knurrendem Magen auf seine harte Brettische und strengte seinen Kopf an, um ein Mittel zu finden, das auch sein Rumpchen bis zum Rande füllte.

Am anderen Morgen hatte er ein solches Mittel gefunden. Er stahl dem Schiffszimmermann einen großen Nagel, den er auf dem Schleifstein zweifantig zuschliff. Darauf machte er sich in der Kombüse zu schaffen, nahm die große Kumppe vom Brett und schlich dann nach seiner Schlaftat. Dann tat er mit der Kumppe, wie er auf der Schule mit seiner Schiefertafel getan hatte. Er ließ sie auf dem Nagel wie ein Karussell rundlaufen, solange, bis er ein kleines Loch hineingehohlet hatte, das, weil es gerade im Feld einer auf dem Boden gemachten Blume lag, schwer zu sehen war. Darauf trug er die so vorbereitete Kumppe wieder heimlich an ihren Platz.

Mit gespannten Nieren, mit gespitzten Ohren, mit lauernden Augen stand er am nächsten Mittag wieder als letzter mit seinem Rumpchen in der Reihe.

Der Kapitän hielt auf der flachen linken Hand seine Kumppe und schleppte den ersten Löffel der dampfenden Suppe hinein. Er wollte gerade den zweiten Löffel aus dem Kessel heben, da ging ein heftiges Zucken durch seinen Körper, seine haken Rippen drehten sich zusammen, daß sie ausfahlen wie ein lederner Tabakbeutel, dessen Säure man zugezogen hat. Dann brüllte er auf, zog die linke Hand unter der Kumppe mit einem Ruck weg und rief sie schnell am Schenkel.

„Röfge Demmel!“ brüllte er, betrachtete seine Hand, in deren Mitte ein roter Brandfleck glühte, warf den Schepplöffel voll Wut in den Kessel, daß die Suppe in der Nachbarhaft herumspritzte, und steckte die verbrannte Hand unter die rechte Achsel.

Die Kumppe war inzwischen auf den Boden gefallen und in große Scherben zertrümmert.

Eilfertig lief Jan herbei, sammelte blitzschnell die Scherben und warf sie rasch über Bord.

Am Abend sah Jan mit inniger Befriedigung auf der mit einem Leinenlappen unwickelten Hand des Kapitän ein Rumpchen, nicht größer als das der anderen, und er selber löffelte mit großem Bedagen sein bis zum Rande gefülltes aus.

Er streckte sich nachher auf seiner Brettische mit dem schönen Gefühl eines Menschen aus, der zugunsten der Allgemeinheit eine große Tat vollbracht hat. Der kleine Seid war aber so ehrlich, sich zu gestehen, daß er zunächst an sich gedacht hatte. Er erhob sich durch dieses Geständnis über manchen Menschheitsbeglüder, der zum Vorber der großen Tat auch noch das Lob der Uneigennützigkeit verlangt.

Am zweiten Tage darauf, als die Sonne sich errotend ins Bett legte und die Vorhänge zuzog, traten aus dem Abenddunste die Türme einer großen Stadt heraus. Der Strom wurde breiter und von vielen Schiffen belebt.

Jan stand vorne an der Ankerkette und gähnte.

„Reiß die Augen auf, es ist viel zu sehen in der Welt!“ sagte er zu sich und darum hob er den Wick und ließ ihn herumschweifen.

Fischerboote mit breitem, aufgebauhtem Bug, die ihn an die plumpen Holzschuhe, die „Klumpen“ erinnerten, lagen vor Anker. Durch die Röhren der Mast hochgezogenen braunen Rehe glühte das letzte Licht des Abends, und träge stieg aus den Röhren blauer Rauch herauf. Ein kleiner, gelber Schwib über die Planen und sprang und bellte. Auf den leuchtend grünen Wiesen der flachen Ufer standen die Weiden wie Jungen, denen der Wind die Kappe fortgerissen hat und die Koore um den Kopf herumliegen. Breitbeinige, schwarzweiße Kühe mit vollem Unter brüllten ungeduldig nach dem Stalle. Eine Windmühle zerdrückt mit ihren Rädern die sanfte Linie des Horizonts. Die drohig-traurigen Töne einer Ziehharmonika schallten an-schwellend und wieder verklingend über das leise klaffende Wasser. Der „Jan von Werth“ alit an tief im Wasser liegenden Postfähnen vorbei. Die mit frischen Brettern besetzten waren. Der von ihnen ausströmende Karzduft der Schwarz-wälder Tannen vermischte sich mit dem angenehmen-würdigen Geruch des Teers und dem Gestank sonnenender Mienen. Des-waidende Matrosen mit aufgefremelten Socken liefen bar-fähig über die nassen Planen.

„Du lau ledere lau, Leb ed leen Geld, verloop ed de Frau.“

sangen sie und ließen dabei den kleinen Eimer ins Wasser plumpfen und wenn sie ihn wieder in die Höhe zogen, machte das abtröpfelnde Wasser eine angenehme Begleitmusik zu ihrem Gesange.

(Fortf. folgt.)

Mitglieder der Charlottenburger Einwohnerversammlung entgegen, deren eines mir besonders auffiel. Der Stahlhelm sah so absonderlich, fest waren die Seiten gegürtet und die Stiefel waren sichtlich zu schwer. Ich trat an die drei Mann heran und überzeugte mich, daß der männlichste von ihnen gar kein Mann, sondern eine Frau war. Sie kam sich außerordentlich gewichtig in ihrer Bräutigamsrolle vor, was sich schon daran zeigte, daß sie das Gewehr nicht wie ihre Begleiter auf der Schulter, sondern schuhbereit in den Händen hielt und so tat, als könnten in jedem Moment wilde Spartaistenhorden aus den trügerisch stillen Straßen geföhnt hervordringen.

Kun hat ja in der endlos traurigen Zeit, in der wir leben, jeder, der es sich leisten kann, das Recht auf seinen Fasching, dazu braucht er — oder vielmehr sie — doch nicht zur Einwohnerversammlung zu gehen und mit geladenen Gewehren die ohnehin schon fühlbare Unsicherheit zu erhöhen.

Oder sollte man ernstlich glauben, daß die Einwohnerversammlung den Schutz des schwächeren Geschlechts anrufen muß? Dann soll sie sich einpacken lassen.

Oder sollten Stahlhelm und Donnermittel zum neuesten Modetyp durchsichtigen Falls überdrüssiger Damen geworden sein? Dann kann allerdings nur der Arzt mitsprechen.

Wer erhält den Milchzuschuß?

Der Berliner Magistrat teilt jetzt mit, wem von den milchberechtigten Personen auf Antrag bei besonderer wirtschaftlicher Notlage bis auf weiteres ein Zuschuß von 0,80 M. für den Liter gewährt wird:

Zunächst den Schwangeren (drei Monate vor der Entbindung bis zur Entbindung), dann den Kindern bis zum vollendeten 2. Lebensjahre. Ausgenommen sind die Armen- und Waisenpflanzlinge und die Kinder, denen bereits die Säuglingsfürsorge durch Verabfolgung von Marken die Milch verbleiben. Die Armenkommission oder die Waisenverwaltung wird statt dessen für die Armen- und Waisenpflanzlinge eintreten. Anträge auf Zuschüsse und deren Auszahlung erledigen die Säuglingsfürsorgestellen in ihrem Bereich und für Neugeborene, die Frauenwohlfahrtsstellen in ihrem Bereich und auch für die Schwangeren, soweit sie nicht vom Vormundschaftsamt versorgt werden, das Vormundschaftsamt für die Schwangeren, die in seiner Pflege stehen, die Bezirksvorsteher für alle, die von bestehenden Stellen nicht versorgt werden, die Landesversicherungsanstalt für die Kranken ihres Bereichs, womit die Zuständigkeit der unter 1-4 genannten Stellen ausgeschlossen ist.

Mit dem Antrag ist die mit Vor- und Zunamen des Berechtigten versehenen Karte vorzulegen. Die Bewilligung gilt in der Regel für einen Monat. Die Ablehnung ist endgültig. Die Zuschüsse werden im allgemeinen am Anfang eines jeden Monats für den ganzen Monat bar ausbezahlt. Anträge sind erstmalig nicht vor Anfang März d. J. zu stellen. Im einen starken Andrang zu vermeiden, wird dringend ersucht, möglichst nicht in den ersten Tagen des März wegen Gewährung des Zuschusses vorstellig zu werden. Selbst wenn ein Antrag erst am 10. März gestellt und ihm entsprochen wird, erfolgt dennoch die Zahlung des Zuschusses für den ganzen Monat, falls die Bezugsberechtigung sich auf den ganzen Monat erstreckt.

Einwohnerwehr und Ausnahmezustand auf dem Provinziallandtag.

Der Brandenburgische Provinziallandtag letzte Freitag seine Verhandlungen fort. Bürgermeister Kieser-Kempel erstattete Bericht über die weiteren Erhebungen in Sachen der Schönberger Provinziallandtagsabgeordneten, gegen deren Wahl Einspruch erhoben worden war. Der Ausschuss empfahl, die Wahlen für gültig zu erklären mit der Maßgabe, daß von den Erfahrmännern Bernstein, Kay und Wilsberg gekündigt werden. Der Provinziallandtag beschloß demgemäß. — Im Namen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt berichtete Abg. Briesert-Rahenow (Soz.). Die Lebensversicherungsanstalt befindet sich in erfreulicher Entwicklung, wegen der ungenügenden Berliner Raumverhältnisse soll sie in das Gebäude der früheren Schwannentelegraphenstation in Frankfurt a. O. verlegt werden. Gegen den Antrag auf Einziehung einer brandenburgischen Einwohnerwehrversicherung, der von dem Ausschuss einstimmig empfohlen wird, wendet sich Abg. Tempel-Richtenberger (Unabh.). Landesrat Goetze teilt mit, daß der Abg. Tempel im Ausschuss für die Vorlage gestimmt habe. Auch der Berichterstatter Abg. Briesert spricht über die Ausführungen des Abg. Tempel seine Verwunderung aus; in der Kommission habe er überhaupt nichts gesagt. Nach weiterer lebhafter Aussprache wurde der Antrag mit allen gegen die unabhängigen Stimmen angenommen.

Ein Antrag der unabhängigen Fraktion, die preussische Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß der Ausnahmezustand sofort aufgehoben wird, begründet Abg. Gabel-Richtenberger (Unabh.). Der Redner geht auf die Vorgänge am 18. Januar ein und schließt die Schuld an dem Mißbehagen der Regierung zu. Im Namen der Bürgerlichen Fraktion gab Abg. Oberbürgermeister Dr. Scholz-Charlottenburg die Erklärung ab, daß die Bürgerliche Fraktion den Antrag ablehne und sich an der Besprechung nicht beteilige. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Abg. Sidow-Franzenburg, daß seine Freunde sich im Prinzip für uneingeschränkte Presse- und Versammlungsfreiheit einsetzen; sie könnten die Aufhebung des Ausnahmezustandes aber erst dann fordern, wenn die politische und wirtschaftliche Wiedergeburt unseres Volkes durch gewalttätige Mitten einer Wiederherstellung nicht in Frage gestellt ist. Auch die demokratische Fraktion ließ durch den Abg. Hopf-Eberswalde erklären, daß sie den Antrag ablehne. Nach einem längeren, agitatorisch gefärbten angelegten Schlusswort Dr. Breitscheid (Unabh.) wurde der Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt.

Für die Inkraftsetzung der Höchstmietenverordnung.

Nachdem die Preussische Landesversammlung die vom Minister für Volkswohlfahrt am 8. Dezember 1919 erlassene Höchstmietenverordnung gebilligt und ihr somit Gesetzeskraft gegeben hat, tritt nunmehr der Mieterverband Groß-Berlin auf den Plan, um der Verordnung sofortige Geltung zu verschaffen. Der Mieterverband hat beschlossen, die Mieterei aufzufordern, am 1. März nur 20 Prozent Aufschlag auf die Friedensmiete zu zahlen. Da diesem Beginn rechtlich nichts im Wege steht, ist zu erwarten, daß ein großer Teil der Mieter der ausgegebenen Parole Folge leisten wird. Allerdings trifft dies dort auf Schwierigkeiten, wo die Mieter ihre jetzigen Räume noch nicht vor Kriegsausbruch innegehabt haben. In diesem Falle wären sie genötigt, erst darüber Erkundigungen einzuziehen, welcher Mietsbetrag von ihren Vorgängern im Jahre 1914 gezahlt wurde.

Die Kabaussagen auf der Stadtverordnetenversammlung. Die fast regelmäßig wiederkehrende bedauerlichen Ausfälle auf der Tribüne der Berliner Stadtverordnetenversammlung dürften jetzt, wie uns mitgeteilt wird, Veranlassung zu ernstlichen Maßnahmen geben, um in Zukunft ähnliche Wiederholungen unmöglich zu machen.

Eine Fahrplanänderung auf der Nordbahn tritt vom Montag, den 1. März, ab in Kraft und zwar auf der Strecke Berlin-Belten. Wegen der Verlängerung der Arbeitszeit in den Hennigsdorfer K. G. G.-Fabriken wird der Vorortzug, der bisher um 8,55 früh vom Stettiner Bahnhof nach Belten gefahren wurde,

nicht mehr verkehren. Zur Beförderung der in Hennigsdorf beschäftigten Arbeiter wird an seiner Stelle ein neuer Zug ab Stettiner Bahnhof 5,05 früh, an Hennigsdorf 8,56 früh gefahren. Der um 7,30 vorm. ab Stettiner Bahnhof bisher nur bis Hennigsdorf verkehrende Vorortzug wird bis Belten (an 8,30 vorm.) durchgeführt. — Vom gleichen Tage ab fällt der bisher an den Verlagen mit Ausnahme von Sonnabend verkehrende Vorortzug ab Ziegel 8,13 nachm., an Stettiner Bahnhof 8,43 nachm., aus. Dafür wird an den gleichen Tagen ein neuer Zug gefahren, ab Ziegel 4,10 nachm., an Stettiner Bahnhof 4,43 nachm.

Abstimmungsberichterstattung für Ostpreußen. Am Sonntag, 29. Febr., vormittags 10 Uhr, findet in der Aula der Knaben-Mittelschule, Reußdamm, Donaustr. 120, eine Versammlung aller abstimmungsberchtigten, heimattreuen Ostpreußen statt. — Regler Besuch wird erwartet.

Neuföhlen und die Untergrundbahn.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Neuföhler Stadtverordnetenversammlung nahm die Untergrundbahnfrage einen breiten Raum ein. — Für den Untergrundbahnbau, der als Notstandsarbeit gilt, wurden weitere 15 Millionen Mark aus einer neu auszunehmenden Anleihe zur Verfügung gestellt. Stadtbaurat Hahn äußerte die Hoffnung, der Bau werde in 1 bis 1 1/2 Jahre fertig sein. Bis dahin werde hoffentlich auch die Nordbahn fertig werden, so daß sie im Sommer 1921 den Betrieb aufnehmen könne. Auch die K. G. G.-Bahn, deren Weiterbau durch einstweilige Verfügung des angezogenen Gerichts erzwungen wurde, werde wohl nicht viel später betriebsfähig werden. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Fragen, wieviel bei der eigenen Regie geparkt wird und ob die Leistungen der Arbeiter nicht gesteigert werden könnten. Ein Antrag der Demokraten, die Arbeiter zu einer Sonderleistung zu verpflichten, wurde abgelehnt.

Weiter beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Vermietung von Wohnungen. Es sollen zwei Baracken mit zusammen zwölf Kleinwohnungen (jeweils mit zwei Zimmern, acht mit einem Zimmer) aufgestellt werden. 280000 M. Kosten, zu denen der Wohnungsbau-Groß-Berlin einen Zuschuß geben wird, wurden bewilligt. — Die von den Grundbesitzern aufzubringende Kanalisationsabgabe wird von jetzt 3/4 Proz. des Gebäudenutzungswertes auf 5 Proz. erhöht. — Den Gaspreis will der Magistrat wegen Steigerung der Kohlenpreise und der Frachtkosten sowie der Löhne von der Februarstandnahme ab von 53 Pf. auf 70 Pf. pro Kubikmeter erhöhen. Die Unabhängigen durften sich Ablehnung leisten, weil sie die Gewissheit hatten, daß die anderen Fraktionen der Not gehorchend die Preissteigerung genehmigen mußten. — Beim Weerdigungswesen wird infolge der Inflationsteigerung der zu den tarifmäßigen Gebühren erhobene Feuerungszuschlag von jetzt 90 Proz. auf 100 Proz. erhöht. — Den Ausbau des Gesundheitswesens führt der Magistrat weiter. Die schulärztliche Beaufsichtigung soll auf Mittelschulen ausgedehnt werden, sie brauchen daher einen Schularzt und eine Schulpflegerin. Für die Volksschulen sollen die Schulärztinnen von 10 auf 18 vermehrt werden, so daß jeder der 18 Schulbezirke eine eigene Pflegerin erhält. Die Schulgesundheitsämter für ihre sehr gesteigerten Betrieb einen eigenen Zahnarzt oder eine Zahnärztin, sowie eine unterstehende Schwester. Für die Säuglingsfürsorge muß noch eine neue Schwester angestellt werden, damit alle Säuglingsbesuche möglichst bald nach der Geburt gemacht werden können. Die Tuberkulosefürsorgestellen will wegen immer noch wachsenden Andranges die Sprachstunden und auch die Hausbesuche vermehren, so daß zwei neue Schwestern nötig sind. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte zu.

Das Mißbestimmungsrecht für Beamte und Angestellte soll in derselben Weise geregelt werden wie es in Berlin geschieht. Freund (U. Soz.) nahm das Wort, um die Angriffe abzumildern, die er in der vorigen Sitzung gegen die Beamten gerichtet hatte. Bürgermeister Scholz teilte mit, freundschaftliche Erklärung sei im Einverständnis mit Vertretern der Beamenschaft formuliert worden. Hiernach erübrigte es sich für den Magistrat, sich noch über jene Angriffe zu äußern. Nach weiterer Debatte wurde die Magistratsvorlage angenommen.

Stadtschulrat Neuföhler. Des großen Andranges wegen wird am Donnerstag, den 4. März d. N., nach dem Einsetzen der Antennen die Aufführung des Lustspiels „Nathan der Weise“ durch eine Kräfte des staatlichen Schauspielhauses wiederholt werden. Sie findet diesmal um 6 1/2 Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“ statt. Der Vorverkauf beginnt am Montag, den 1. März, in den durch Säulenanschlag bekanntgegebenen Stellen.

Bei den Osterwahlen in Namowel erhielten Mandate: E. P. D. 18, U. S. P. D. 26, Christliche 28. In der Hilfschule wurde die christliche Vorschlagsliste vom Wahlvorstand für ungültig erklärt.

Der neue Potsdamer Stadtschulrat. In der gestrigen Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wurde Stadtschulrat Dr. Dörmis-Hilberstein zum Stadtschulrat in Potsdam gewählt.

Bildungsausschuss Steglitz. Von 5 1/2 Uhr ab sind für den Familienabend an der Kasse noch Billets zu erhalten. Die Bezirksführer werden ersucht, die nicht verkauften Karten an der Kasse abzugeben.

Wilmersdorf. Stadtverordnetenversammlung. In einer außerordentlichen Sitzung hellten unsere Genossen folgenden Dringlichkeitsantrag: „Mit Rücksicht auf die ganz außerordentliche Notlage der Kriegshilfskräfte des Magistrats wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, eine Entschuldigungsstimmung in Höhe eines Monatsgehältes sofort den Kriegshilfskräften auszugeben.“ Genosse Kempfer begründete eingehend den Antrag. Den Darlegungen schlossen sich Unabhängige und Demokraten an, während die bürgerlichen Vertreter sich auch nicht ganz verschließen konnten. Beauftragte sie nach einleitender Debatten Beratung der Vorlage im Finanzauschuss. Dem wurde zugestimmt. In einer zweiten außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung kam ein Kompromiß, veranlaßt durch die Rechte, zustande, daß den nichtständigen Hilfskräften entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses eine einmalige Beihilfe von 400 M. für Verheiratete und 300 M. für Unverheiratete sofort zu gewährt ist. Ein Antrag Silber (Reue Dem. Volksp.), daß der Magistrat allgemein erklärt, seine Einwendungen gegen eine Nebenbeschäftigung seiner Beamten, Angestellten und Hilfskräfte zu erheben, wenn diese in der dienstfreien Zeit dazu dient, das Einkommen der Betroffenen insoweit zu erhöhen, daß sie die jetzigen Schwierigkeiten in der Lebenshaltung überwinden können, wird einer späteren Beratung überwiesen.

Der Vorschlag des Sonderausschusses, den Zinsfuß für Spareinlagen ab 1. April 1920 auf 3 Prozent herabzusetzen, wird angenommen. — Vor Jahresfrist war die Stadt gewillt, die Gas- und Hochspannungslinienpolizee zu übernehmen. Langwierige Verhandlungen mochten sich notwendig; nach 11 Monaten kam ein Einverständnis mit dem Minister für Volkswohlfahrt zustande und wurde die Übernahme von 8 Polizeistellen, 1 Polizeibureauassistent, 1 Bauinspektor, 8 Bauverwaltern und 4 Polizeiwachmeistern beschlossen. Ein Antrag, daß der Magistrat Maßnahmen treffen soll, damit endlich wieder sämtliche Schüler wie in den Nachbarsstädten an allen Schulpflichtigen Unterricht erhalten, wird angenommen, ebenso werden die Mittel für 6 Lehrer-2 Wissenschaftliche Lehrstellen zu Ostern 1920 und 2 Lehrer-2 wissenschaftliche Lehrstellen zu Michaelis 1920 für Volksschulen bewilligt. Einem Vorschlag der Wohnungsdeputation gemäß, erklärt sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden, daß der Heimstättenbildung Berlin-Wilmersdorf zur Fertigstellung des im Kriege angefangenen Neubaus des Gröbner- und Burgunder Straße der Hebersteuerungszuschuß dor-

Aus der reichhaltigen Vorlage der Nachtragsforderungen für das Jugendamt kommen folgende Positionen zur Annahme. Für Zwecke der Kleintierzucht, für die vier städtischen Kinderheime, für Tagesheime für arbeitslose Kinder, für ergänzende Schulpflege, für Kinderwohlfahrtspflege 110 220 M., für die aus Vorläufen bereits am 28. Mai 1919 bewilligten 182 840 M. noch 60 160 M. und für Ausbau eines Spielplatzes und andere wertvolle Zwecke 218 500 M. Bemerkenswert ist, daß 1917 noch 2680 Kinder, 1919 nur 198 Kindern Landaufenthalt gewährt werden konnte, in den Ferienkolonien 1917 800 Kinder, 1919 jedoch 1306 untergebracht wurden. In Halbtagsferienkolonien waren an 23 Tagen 795 Kinder untergebracht, 34 Kinder konnten im Kuslande ihre Ferien verbringen, während im Jahre 1917 an Zuschüssen die Stadt nur 10 000 M. leistete für die Ferienkolonien, sind für 1919 160 914 M. erforderlich. Einer auf genossenschaftlicher Grundlage gebildeten Berlin-Wilmersdorfer Erholungs- und Ferienstätten e. G. m. b. H. wird allen Eltern dringend empfohlen nach Möglichkeit beizutreten.

Eine Besanntheit des Stadtverordnetenvereiner-Stellvertreter erst am 3. März wieder eine Stadtverordnetenversammlung anzu-beraumen, wird von unseren Genossen mit Rücksicht auf den sehr wichtigen Antrag — Wahl der durch Bezirksauschuss genehmigten besoldeten Magistratsmitglieder und event. Ergänzungswahl für die auscheidenden bisherigen unbesoldeten Mitglieder des Magistratskollegiums — abgelehnt.

Tempelhof. Gemeindevertretung. Die Errichtung einer Volkshilfsbildungsschule ist geplant; der Entwurf des Statuts wird angenommen. — Dem Erlaß einer Polizeiverordnung betreffend des Kohlenpreises für Pferde- und Kraftwagen wird in der vorgeschlagenen Form zugestimmt; ebenso wird der Bewilligung von drei Bureauassistenten zugestimmt. — In den Gemeindeschulen soll ein Arbeits- und Handfertigkeitsunterricht eingerichtet werden. Dafür werden 15 000 M. bewilligt. — Die Gemeindearbeiter haben einen Antrag auf Erhöhung der Feuerermäßigungen gestellt. Dem von einer Kommission der Berliner Stadtverordnetenversammlung festgesetzten Lohnsatz ist bereits zugestimmt vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Kosten belaufen sich für drei Monate auf 52 000 M. Es wird schließlich folgender Antrag einstimmig angenommen: Dem Abschluß eines Vertrages mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Gewährung einer laufenden Wirtschaftshilfe wird nach dem diesem unter dem 7. Februar 1920 unterbreiteten Vorschlag der Stadt Berlin zugestimmt. — Die Schuldeputation soll um 1 Mitglied des Gemeindevorstandes und 1 Mitglied der Gemeindevertretung vermindert werden. Außerdem stellt Genosse Wald den Zusatzantrag, daß statt drei des Erziehungs- und Volkshilfsbüros hiesigen Männern deren sechs gewählt werden sollen; der ganzen Sache wird sodann zugestimmt. — Es liegt nunmehr ein Antrag Wald und Gen. vor, den Hilfskräften der hiesigen Gemeindeverwaltung die im Schiedspruch vorgesehene Gehaltssteigerung ab 1. Januar zu gewähren. Den Angehörigen ist auch die den Arbeitern heute bewilligte Wirtschaftshilfe zu zahlen. Dieser Antrag wird dem Haushaltsausschuss überwiesen. — Ein Antrag Kay und Gen., Schritte zu unternehmen, um einen Umschlag der Grippe vorzubeugen, wird der Gesundheitskommission überwiesen.

Treptow. Gemeindevertretung. Der von Beamtenorganisationen eingerichteten Verwaltungsakademie soll ein einmaliger Zuschuß von 1000 Mark überwiesen werden. Die Gehalts- und Arbeitsbedingungen der Beamten und Angestellten müßten erneut in veränderter Hinsicht ergänzend geregelt werden. Es wurde beschlossen, eine Berechnung des Voranschlages über den 31. Dezember hinaus nicht stattfinden zu lassen. Es treten also die Beamten und Angestellten ab 1. Januar in den Vollgenuss ihrer Gehaltssteigerungen. Die Feuerermäßigungen für die Bediensteten an den höheren Lehranstalten werden dem staatlichen Eigen angesetzt. Ein Antrag des Lehrerausschusses den Ersatz eines Voranschusses von je 2000 Mark mußte abgelehnt werden. Gegenüber dem von Berlin gewährten Zuschuß von 1000 Mark hat Treptow die aus Staatsmitteln bewilligte Erhöhung der Kriegsteuerzuschüsse, die Berlin mit Rücksicht auf die Vorkaufzahlung nicht zur Auszahlung bringt, bereits ausgezahlt. Außerdem stehen die Treptower Lehrer um 400 Mark besser, als die Berliner Lehrer. Eine Vorlage betr. die Gewährung einer Lohnbeihilfe an die nichtständigen Angestellten und Arbeiter von monatlich 50 M. für Ledige unter 18 Jahren, 75 M. für Ledige über 18 Jahre und 90 M. für Verheiratete, sowie 20 M. für jedes Kind, gelangt zur Annahme. Ein Antrag der E. P. D., außer den Kriegshilfskräften und Kriegsbeschädigten allen bedürftigen Treptower Haushaltungen, die durch die am 12. Dezember beschlossene Weihnachtsbeihilfe nicht bedacht sind, einmalig einen 1/2 Raummeter Brennholz für die Hälfte des Selbstkostenpreises zu gewähren, gelangt einstimmig zur Annahme. Für die Gewährung von Zuschüssen an besonders Bedürftige zur Beschaffung von Milch wird zunächst ein Betrag von 25 000 M. bereitgestellt. Mit der Errichtung eines Kindererziehungsheimes hat sich die Gemeindevertretung wiederholt beschäftigt. Es liegt nunmehr ein Antrag über ein in Genowand nahe der See gelegenes Grundstück vor. Die Ueberprüfung des Angebotes wird einem Ausschuss übertragen. Der Grenzpreis überweist die Gemeindevertretung 1000 M. Eine leibhaftig Aushilfsanfrage hat der Dringlichkeitsantrag der U. S. P. D., die Gemeindevertretung wolle beschließen, die Regierung um Aufhebung des Belagerungszustandes zu interpellieren, im Gefolge. Gen. hat wieder darauf hin, daß die Regierung verpflichtet sei, daß vom ganzen Volk gewählte Parlament der Gewalt zu schenken. Genosse Strieder ergänzte diese Ausführungen mit dem Anspruchs eines Unabhängigen in einer Buchdruckerversammlung, der freimütig bekannt habe, es sei Unsinn, jetzt so sehr nach Aufhebung des Belagerungszustandes zu schreien. Wenn die U. S. P. D. erst die Macht habe, werde sie sofort die gleichen Mittel anwenden. Gen. S. wünschte jedoch ein gleich energisches Vorgehen der Regierung gegen die Reaktion von rechts wie von links. Nachdem Gen. Gerich noch auf das Unstille hinwies, daß in der Unterdrückung liege, daß die Verhängung des Belagerungszustandes bereits vor den Demonstrationen von der Regierung beschlossen gewesen sei, wird der Antrag gegen die Stimmen der U. S. P. D. abgelehnt.

Panow. Gemeindevertretung. Der vor einiger Zeit von der Vertretung mit der Unterzeichnung der Verteilung von Ruder durch die Lebensmittelabteilung betrouete Ausschuss erstattete in letzter Sitzung seinen Bericht. Danach ist durch die Lebensmittelabteilung schwer veräußerlicher Kaffee-Erlös in Verbindung mit exportiertem Zucker an Kontinen u. a. größerer Betrieb zum Verkauf an Anpreisung und Arbeiter abgegeben worden. Der damalige Dezerent Schindler (U. S. P.) hat hierbei im Einverständnis mit den zuständigen Verwaltungsstellen gebandelt. Im übrigen wurde festgestellt, daß es sich um keinerlei „Schiedung“ im schlechten Sinne gehandelt hat, sondern lediglich um Wahrung von Gemeindefreien ohne irgendwelche persönlichen Vorteile. — Bei Beratung des in letzter Sitzung zurückgebliebenen Antrages der Unabhängigen betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes und der Preisoberhöhe brachte zunächst Joma (U. S. P.) eine Schlußworte an den Mann, die sich außer gegen die Regierung vor allem gegen unsere Partei richtete. Ihm antwortete Kay aber sachlich Genosse Völkler an Hand umfangreichen Materials, worauf Herr Kästig (U. S. P.) in einer eifrigen Vorklärung mit den bekannten Tatsachen gegen unsere Partei operierte. In äußerlich ruhiger und vornehmer, aber sachlich scharfer und treffender Weise rechnete dann Genosse Wölkler mit der Politik der Unabhängigen ab. Die sehr er hierbei ins Schwarze getroffen, davon zeugten nicht nur die verdatterten Gesichter der Unabhängigen, sondern auch der lebhafteste Beifall der übrigen gesamten Gemeindevertretung am Schluß seiner Ausführungen. Der Antrag der Unabhängigen wurde gegen deren Stimmen abgelehnt.

Ziegel, Gemeindevertretung. Seitens der Baugenossenschaft „Freie Scholle“ wird der Gemeinde ein Darlehen von 45 000 M. angeboten zu 4 1/2 Proz. Dies Anerbieten wird angenommen. Einer Anleihe von 2 Millionen Mark zur Befreiung schon bewilligter Ausgaben wird zugestimmt. Zum 1. April wird eine Mädchen-Fortbildungsschule errichtet und ein Ortsstatut dafür beschaffen. Die Beschäftigung dauert bis zum Herbst, das der Vollendung des 17. Lebensjahres folgt. Die Neuordnung der Besoldung der Hilfskräfte wird schon seit längerer Zeit beraten. Der Angelegenheitsausschuss hatte sich mit dem Schiedsgericht nicht einverstanden erklärt; es ist zu einer Einigung gekommen auf Grund von Sätzen, die denjenigen der Beamtenbesoldung nachgebildet sind. Dem wird zugestimmt. Die Anstellung einiger Hilfskräfte als Beamte auf Kündigung war vom Bund der Militär-Anwärter beanstandet worden; sie hatten eine dementsprechende Verfügung erwirkt. Die Finanz- und Personalkommission schlägt vor, die Anstellung vorzunehmen, trotzdem der Gemeindevorsteher den Beschluß beanstandet müßte, und dann gegen diesen das Verwaltungsstreitverfahren einzuleiten. Trotz des Sperrgesetzes wird beschloffen, dem Vorschlag der Finanzkommission zuzustimmen, um gegen die Bevorratung der Militär-Anwärter Protest zu erheben. Den Supernumerarern wird auf Antrag ein Gehalt von 200 M. gewährt, im übrigen aber die Erledigung der Frage in den anderen Gemeinden abgewartet. Der frühere Gemeindevorsteher Kahl (U. S. V.) hatte vom Wirtschaftsamte einen Posten Wirtschaftskontrollanten zum Verbleib übernommen, sie aber an einen Händler abzugeben, der sie mit großem Aufschlag weiter verkaufte. Der Gemeindevorstand hatte dies Verhalten gemißbilligt, Herr Kahl darauf sein Mandat niedergelegt. Seitens der Unabhängigen lag ein Antrag vor, bei der Reichsregierung die Aufhebung des Verlagerungszustandes zu beantragen. Den Ausführungen Grafenders (U. S. V.) trat Gen. Reyer entgegen und gab im Auftrage unserer Fraktion eine Erklärung ab, die besagt, daß wir für ordnungsgemäße Demokratie sind, daß wir aber vorandigen müßten, daß auch die Minderheit der Bevölkerung sich den Gesetzen der Demokratie unterwirft. Die ganze Sache wurde durch Annahme eines von den Bürgerlichen gestellten Antrages auf Übergang zur Tagesordnung erledigt. Der Vierteljahrberichts des Wirtschaftsamtes ergibt einen Gewinn von 23 004 M., die Gemeindevorkaufstellen ergaben einen Gewinn von 56 747,09 M. Einige örtliche Angelegenheiten wurden ohne Debatte erledigt.

Friedrichshagen. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde Genosse Mittenzwei eingeführt. Eine Beteiligung an der neuen Beschwerdekommission, die den Arbeiterrat ersetzen soll, lehnten die Unabhängigen wegen der Befreiung des Arbeiterrats demonstrativ ab. Die Kommission besteht deshalb nur aus den Gemeindevorstern Siebert (S. V.) und Söhning (Würgerl.). In der Frage der Milchlieferung wurde unter anderem beschloffen, den minderbemittelten Bezugsberechtigten von dem neuen Preise von 2 M. pro Liter 80 Pf. zu

rückzuerhalten. — Die Speisung von Bedürftigen Schulkindern mit je einem Viertelliter Milch und einer Schrippe, für die die Mittel schon bewilligt sind, wird nach einer Mitteilung für das Jahr 28 860 M. erforderlich. Es kommen 10 000 Mark hinzu, wenn jedes der Kinder, wie beabsichtigt ist, noch einen Apfel erhält. — Die Erweiterung der Aufgaben der Einwohnerwehr hat zu den Anträgen geführt, einen einmaligen Zuschuß von 25 000 M. und Entlohnung von 10 000 M. in den Etat zu bewilligen. — Außer dem Bürgermeister und dem bürgerlichen Vertreter Söhning sprachen die Genossen Nieze und Ahmann für den Antrag. Durch die Verstärkung des polizeilichen Schutzes spare die Gemeinde 30 000 bis 50 000 M., da sie sonst Polizeibeamte anstellen müßte. In erster Linie solle die Wehr dem Sicherheitsdienst gegen Diebstahl und Räubereien sich widmen. Die Arbeiterschaft müsse sich der Wehr anschließen. Die Anträge werden gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. — Anträge auf Zuschüsse für die Friedrichshagener Kunstgenossenschaft und an die Volkshochschule werden angenommen. — Diejenigen Bittsteller, die von der Gemeinde ein Wittwengeld von weniger als 1200 M. jährlich beziehen, wurde eine sofort zu zahlende Leuerungszugabe von 100 M. bewilligt. Die Frage der Erhöhung des Wittwengeldes soll geprüft werden. — Beschlossen wird, den Angehörigen und Arbeitern der Gemeinde eine Wirtschaftshilfe zu gewähren, welche für die Jugendlichen unter 18 Jahren monatlich 50 M., für Ledige über 18 Jahre 75 M., für Verheiratete und für Wittwe mit eigenem Hausstand 90 M. und für jedes Kind 20 M. beträgt.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

In der Jugendbewegung mitarbeitende Parteigenossen! Heute abend 7 Uhr im Arbeiterjugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, III links: Plankommenkunft. Referat des Gen. Dr. Holz über Vertragsformen vor Jugendlichen. Besonders sind auch unsere 18jährigen Funktionäre eingeladen.

Jungles, Vereinigung. Sonntag, den 29. Februar, Wanderung: Badorf — Rappitz — Bernau. Sammelplatz: donnerstags 7.30 Uhr Steintiner Vorortbahnhof.

Niederbarnim. Samstag, den 6. März d. N., nachmittags 3 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3: Kreisversammlung. Tagesordnung: Bericht aus der politischen Landesversammlung. Ref.: Genosse Nieze, R. d. L. Einladungen ergeben noch.

Aus aller Welt.

Der Flecktyphus greift in Sowjetrußland und den Randstaaten in erschreckender Weise um sich. In einzelnen Gebieten ist über die Hälfte der Bevölkerung davon heimgesucht. Warschau hat ungefähr 5000 angemeldete Krankheitsfälle. Die im vergangenen Sommer nach Polen entlassene amerikanische Abordnung zur Bekämpfung der Seuche ist machtlos. Viele ihrer Mitglieder sind der Krankheit selbst zum Opfer gefallen. Es fehlt an Arzneien und Verätzen.

Die Leuchtdiagnosen bei Tonern erweisen sich als außerordentlich reich. Von den 23 niedergebrachten Bohrlochern geben 21 solche ausreichende Mengen Öl, daß die Ausbeutung sich sehr lohnen wird. Die Bohrlocher sind bereits in verschiedenen Händen. Einer der Eigentümer hat sich mit einer Kopenhagener Interessengemeinschaft in Verbindung gesetzt, während ein anderer das Unternehmen mit deutschem Gelde durchführen will. Und Minister Hansen erklärt schon, daß Tonern bei Danemark bleiben muß.

Eine mehrköpfige Schieberbande hat die Kölner Polizei entdeckt, bestehend aus einem Guisbesitzer, vier Viehdiebhandlern und einem Müller. Man konnte ihnen nachweisen, daß sie 700 Zentner Weizen aus den Vorräten der Stadt Köln nach einem kleinen bergischen Städtchen verschoben haben. Die Empfänger waren Stadtfreier, ein Oberstabsfeldwebel und mehrere Stadtverordnete; alle sollen Mitglieder der U.S.V. sein. — Einmal Augsburg Grobhandler waren aus einer anderen bayerischen Stadt unter anderem je ein Wagon Militärjunkerhüte, Wäsche, Weizenmehl, Schußwaffen, ein Viehwagon Salswaren und zwei Wagonen Kerzen angeboten worden. Der Grobhandler verständigte die Schleichhandelsstelle, die sofort einen Kriminalpolizei als Scheinkäufer in Tätigkeit treten ließ. Es gelang vorläufig die Festnahme von vier Schiebern. Die angebotenen Waren haben einen Gesamtwert von 8 bis 9 Millionen Mark. Die Untersuchung geht weiter. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Schieberbande, die sich über ganz Bayern ausbreitet. — Bei der Eisenbahnwirtschaftsstelle auf dem Magdeburger Hauptbahnhof sind große Unregelmäßigkeiten entdeckt worden. Die Bahnpolizei hat die Bücher beschlagnahmt. Angehörige der Eisenbahnwirtschaftsstelle haben sich seit langer Zeit durch auffällig große Ausgaben verdächtig gemacht. — In Essen wurden sogar mehrere Beamte des Reichsverwertungsamtes als Schieber verhaftet.

Der Siegertanz. In England wird jetzt nicht mehr so sehr feiert, als in den letzten Jahren. Interessenten mögen sich an die Zentrale für Wiedergutmache wenden.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder der Briefkasten bestimmten Anfragen läßt man einen Buchstaben und eine Nummer der Briefliche Austausch wird nicht erstellt. Einige Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde. Lindenstr. 3, 1. Hof, zweite links, vor. Schriftstücke und Beträge sind mitzubringen.

W. 23. 14. Nehmen Sie die Zeitung ab. — G. W. 1. N. 2. 5. 2. 5. 3. Finanzamt. — G. W. 100. Ihren Kredit können Sie zu gerichtlichen oder notariellen Protokollen erklären. — J. 1. Kreisliche Weitervermittlung ist nicht erforderlich. — R. 2. 1. Einem Siebent gericht an Erteilung der Austrittsbefreiung. 2. Bis 31. Dezember 1919. — G. W. 100. — Nehmen Sie im Armenrat. — G. 401. Die Angabe der eidesstattlichen Versicherung können Sie ab. Fragen Sie beim Gericht an, ob die Strafen erloschen sind. Eventuell beantragen Sie Ihre Wähler beschlagnahmt. Angehörige der Eisenbahnwirtschaftsstelle für Wäsche und Einjahrbewilligung in Düsseldorf, Stadthof 1. — R. 1. — G. W. 51. 1. Rein. 2. Die großen Redereien in Hamburg und Bremen. 3. Rein; eruchen Sie die Redaktion des „Hamburger Echo“ um Auskunft.

Am 24. Februar verschied nach kurzem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter

Julius Krischke.

77 Jahre hindurch ist der Verstorbenen unermüdet in unserem Geschäft tätig gewesen als ein leuchtendes Vorbild regeren Fleißes und seltener Pünktlichkeit. Wie werden demselben ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

30. 13
Gebr. Bendisch, W. 30, Schwilkestr. 7.

Statt besonderer Werbung

Am 24. Februar entfiel nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter Herr Julius Krischke, 77 Jahre alt, am 24. Februar 1920.

Hans Juran

geb. 18. 11. 42
im Alter von 77 Jahren.
In tiefer Trauer:
Oskar Juran u. Frau.
Die Beerdigung findet am Montag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Geists-Kirchhofs, Marienb. Eisenstr. 62, aus statt.

Spez. Behandl.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché (*
Friedrichstr. 90, Stadtbahn.
Spr. 10-1. 6-8. Sonnt. 11-1.
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Wockenau
Friedrichstr. 125
Spr. 11-1. 6-8. Sonnt. 11-1.
Harn- u. Blutuntersuchung

Platin

Quecksilber
Schmuckgegenstände
höchsten Tagespreis

Platin

über
Tagespreis
treibend

Alle Zahngebisse
Platin-Zahn n. 21 M.
Quecksilber Ko. 140 M.
Brennspitzen bis 900 M.
auch andere Gold- und
Silbersachen kauft

Trapp

Edelmetall-Eink.-Bureau
Kommandantenstr. 29
nur I links
Tel.: Moritzpl. 8722.
Streng reelle Bedienung.

Möbel

gegen bar
und auf
Teilzahlung

derzeit entsprechend
sehr preiswert

Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Farbige Kleider
Einzelne Möbel

Lieferer auch n. auswärts.
Kriegsank. nehme in Zahlg.
Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern.

Möbel-Cohn

Gr. Frankfurter Str. 56
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhl. Gesundbr.

Schrotmühlen.

Wirtschaftsmühlen für Haus-
halt, Handmühlern und Tierhalter,
für Fein-, Reib- und Mörser-
arbeiten. Sehr große am Lager.
Fordern Preisliste mit Abbil-
dungen umsonst.

Grude, Berlin, Voltastr. 32
(Nähe Gellertbrunnen).

Möbel.

Teppiche, Gardinen, Kronen,
Dekorations- u. Wirtschafts-
gegenstände, auch Kleidungs-
stücke u. Bettwäsche kauft
höchstzahlend

Althandlung Bärwaldstr. 48.

Schriftl. Angebote werden
prompt erledigt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Sonntag, den 29. Februar 1920, vormittags 9 1/2 Uhr,
im großen Saal der „Neuen Welt“, Hafenheide:

Versammlung

aller Vertrauensleute und Arbeiterratschuss-Mitglieder.

Tagesordnung:
Die Wahlen zum Betriebsrätegesetz. Referent Kollege P o l e n s k e.
Zu der Versammlung müssen alle Verbandsfunktionäre erscheinen. Eintritt
nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Ausweis des Obmannes.
Die Geschäftsräume der Ortsverwaltung befinden sich in Berlin N. 24,
Johanniststraße 14115. Fernsprecher: Norden 2636 und 2637.
35/16

Achtung! An die Funktionäre u. Betriebs- räte der graphischen Berufe.

Sonabend, den 28. Februar, 4 Uhr nachmittags
im gr. Saal (4) des Gewerkschaftshauses:

Kombinierte Versammlung

aller in Buch- und Steindruckereien, Lithograph-
und Kunstanstalten, Buchbindereien, Luxuspapier-
fabriken, Kartonfabriken sowie verwandten Zweigen
beschäftigten Funktionäre.

Tagesordnung: 26-27
Stellungnahme zur Betriebsrätewahl.
Das Graphische Kartell.
L. A. Czerny.
Buchdruckerverband. Buchbinderverband.
Verband der Lithographen und Steindrucker.
Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgenossen Deutschlands. Zentrale Berlin.

Sonntag, den 29. Februar 1920, vormittags 9 Uhr
im Böhmischen Brauhaus, Connsberger Allee 12

Außerordentl. Generalversammlung

Tagesordnung: 60-6
1. Auffstellung der Kandidatenliste zum Verbandstag. 2. Entropf-
stellung zum Verbandstag. 3. Wahl des Vorstands.
Ergebnisse aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht. Die Verwaltung

Pianos

erstklassige neue und gebrauchte.
Flügel und Harmoniums-
en gros - Export.

MAX BECKER

Janohaus Osten, Andreasstr. 47

Zahngebisse,

auch zerbrochene, Zahn nicht 21 M.
Knochen bis 60 M., taugt Urban, Rottauer Ufer 68, 9-7.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!

Platin! Zahngebisse, Zahn bis 75 Mark!
Gold- u. Silbersachen! Mützen! Sal-
peters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rot-
guld! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn!
Stanniolpapier! Zink! Blei! Flusssäure!
Schrotblei, alle Metalle höchstzahlend

Edelmetall-Einkaufsbureau. — Alex. 4243. —
Die Deutsche Feder-Industrie-Gesellschaft L. G. —
Berlin W. 68, Mauerstr. 11.
verkauft an ihrem reichhaltigen Sammlerlager Reibstühle von
allerhand Säuten und Fellen, halbfertigen
Lederen und sonstigen Artikeln
Im monatlichen Einzelverkaufsoverfahren. Nähere Angaben ent-
halten die Preislisten.
Preisliste wird Interessenten auf Wunsch kostenlos
zugehant.

Berlin, den 25. Februar 1920. 121/6

Gold- und Silber-

bruch und sonstige
Gegenstände kauft zu
höchsten Tagespreisen

Silberzentrale Gotzkowskyst. 19

Wachen
Nordhäuser Kautodot
nicht unter 30 Cent, sonstend
Joh. Fechner,
Großschloß bei Nordhausen.

Sie haben einen Vogel

abgeschossen, wenn Sie Ihre
Metallabfälle und Alteisen
nur an mich verkaufen. Zahle stets höchste Tagespreise.
Eisen- und Metallgroßhandlung Willy Seydlitz.
Hauptgeschäft:
Neukölln, Liberdastraße 4. Tel.: 9405.
Nur für engros.
Detailkaufstellen: Hermannpl. 4, Böhmische Str. 16 (nahe Richardpl.)
Berlin, Schönhauser Allee 151. — Püchlerstraße 33
Größere Posten werden abgeholt.
Post- und Bahnsendungen werden prompt erledigt.
Mitglied des Vereins der Almetallhändler Groß-Berlins.

Leere Flaschen

Sehr. Burgunder, Cognac,
Weiß- u. Rotweinsflaschen taugt
Rheinländisch-Weinvertrieb
Jägerstr. 78, 9948
Tel.: Rent. 5409, 5444 u. 1990.

Nur kein Neid!

Ich zahle immer noch
die höchsten Tagespreise
für alle Sorten
Altmetalle.
Metallschmelze,
Friedrichsdenkstr. 17,
näh. Wertheim (Moritzpl.)
Mitgl. d. Vereins d. Al-
metallhändler Gr.-Berlins

Isolierter Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,

kauft höchstzahlend
Ingenieur-Bureau Schlichting
Berlin W. 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3705 und 6315.

Platin, Gold-, Silberbruch alte Zahngebisse,

Pl.-Zähne bis 40 M.
kauft
E. Hausdorf,
NO., Pallasdenstr. 11, v. II.

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter u. Ge-
schlecht ausk. unsonst.
Sanis Versand, München.

Navy Cut
Henley, Goldfische, Pair-
fax, T. u. B. Lucky Strike,
Transatl. Chestnut, nur an
Rest. Sebaty.
Bülowstr. 94, hptr.

Kupfer 25,50, Messing 15,— Blei 10,— Zink bis 7,50

— bei größeren Posten mehr, zahlt —

Metall-Einkaufs-Zentrale Kottbuser Damm 66.

Moritzplatz 135 80. Hermannplatz.

Kupfer 25,50, Messing 15,— Blei 10,— Zink bis 7,50

— bei größeren Posten mehr, zahlt —

Metall-Einkaufs-Zentrale Kottbuser Damm 66.

Moritzplatz 135 80. Hermannplatz.

Verlangen Sie

Vioparfa' Zahn- pasta

Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate
Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin 50. 15, Cöpenicker
Straße 112, Moritzpl. 119/121

Kupfer 25-26 M.,

Aluminium 20-21,50 M., Rotguld 20-21 M.
Messing 15-16 M., Blei 9-10 M., p. Kilo.
Zinn, Lagermetall kauft
Schlosser Niemann,
Stallschreiberstraße 33, am Moritzplatz.

Platin freies über Tages- preis

Alle Arten Altmetalle höchstzahlend
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Reichenstr. 13, Moritzpl. 697.

Zigaretten,

türk., engl., amer.
Lagerbesuch sehr
lohnend.
Nur Selbstverbr. u. Gastw.
H. Dessau, Berlin,
Alexanderplatz 2, Treppe,
am Untergrdh. 9-6 Uhr.

Barabellumpistolen 08.

Reifenpistolen, 9 mm, fast
B. Diehle, Rommandanten-
straße 36.
Rein Laden, 1. Etage.

Ruhebetten

in jed. Preislage. H. Schilfhusen,
Friedman, Oberwallstraße 5,
Vollzeugschneiderei.

Buchhandlung Vorwärts

G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Die Stimme aus dem Grabe

Reden von
JEAN JAURES
Gesammelt u. besprochen
von **VICTOR SCHIFF**
Preis Mk. 1,50

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Hänsel und Gretel.
Die Puppenfee.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Schauspielhaus.
Othello.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Und Pippa tanzt.
7 1/2 Uhr: J. Hasequint, Tänze
8 1/2 Uhr: D. Sendung Semais.

Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora
8 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen.
9 1/2 Uhr: Scherzhaufen.

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7 Uhr: Danton (aus Abonn.)
Sonnt. 7 1/2 Uhr: Orestie (aus Ab.)
8 1/2 Uhr: Danton (aus Ab.)

Theater l. u.
Königgrätzerstraße
Spielplan-Änderung:
7 1/2 Uhr: Schloß Wetterstein
Sonnt.: Schloß Wetterstein
Nichtm.: Erdgeist (M. Orska)
Mont.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
7 1/2 Uhr: „Stet“
Sonntag: „Sie“
Nichtm.: Liebesv. d. Pfalz.
Montag: Der Biberpelz.

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer.
Fritz Massary, Otto Storm,
Hans Wassmann.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Fräulein Puck.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Postillon v. Lonjumeau
Die Tribüne

7 1/2 Uhr: Franziska.
Eden-Theater.
7 Uhr: Die Dollarprinzessin
mit Oskar Braun und
Ella Halzer-Lichtenstein.
Friedr.-Wilhelmst. Th.

7 1/2 Uhr: Der Raub der Europa
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 Uhr: Die unberührte Frau
Komische Oper
7.20 Uhr: Dichterliebe.
Stg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus

Arnold Rieck in:
7 1/2 Uhr: Der Großstadt-Kavaller
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill

Sonnt. 3 Uhr: Charleys Tante
mit Thielischer
Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in

7 1/2 Uhr: Die kleine Hohel.
Stg. 3 1/2 Uhr: Die Dame v. Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.
3. Verschönerung des Fiesco.

7 1/2 Uhr: Macht d. Flasterer
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Die närrische Liebe
Th. am Nollendorfsplatz

3 1/2 Uhr: Piarr v. Kirchfeld.
7 1/2 Uhr:
Der Hofgefelle
Theater des Westens
4 Uhr, letzte Aufführung:
Max und Moritz.

7 1/2 Uhr: Die Fran im Hermelin
Stg. 3 1/2 Uhr: Die lustige Witwe
Wallner-Theater.
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Stg. 3 1/2 Uhr: Gelisha m. Mia Werber
Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: Csárdásfürstin.
Trianon-Theater.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Femina.
Lustspiel von Rossem und
Soestmann
Sonntag 4 Uhr: Johannfeuer.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Evchen Humbrecht.
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der gute Ruf.

Rose-Theater.
3 Uhr: Wilhelm Tell.
7 1/2 Uhr:
Seine zweite Frau.

METROPO
KABARETT
BENEFIZ-53-54
Hanna Creswik
Lilian Helten
Lilly Heyn
Willy Lüle
Hans Friedl
Guido Gladi
Hella Ingrid
Mac Walten

„Der selige Oktave“
Laczi u. Aenni
in ihrem Tanzsketch
Whisky-Rausch
(Traum eines Täzlers)
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Hentschel.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
6 1/2 Uhr: Götz von Berlichingen.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 Uhr: Pygmalion.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Pygmalion.
Montag 7 1/2 Uhr: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Theater
Altebendlich
7 1/2 Uhr: Menagerie
Schall u. Rauch

im Großen Schauspielhaus
Karlstr., Schiffbauerdamm.
Neues Februar-Programm:
Gussy Holl
Mady Christians
Paul Graetz
v. Twardowski
Kjebund
Orca Doek
Maria Lux

Musik. I. g. Friedr. Holländer
Hilfskonferenz
Karlaturenfilm v. Walter Trier
Eröffnung 7 1/2 Uhr. Beginn 8 1/2 Uhr.

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 218.
Dir.: James Klein
7 1/2 Uhr: Februar 7 1/2
Die weltberühmte
Fregolia

in ihren 100 Verwandlungen u. Illusionen.
Gertrude Barrison
aus London zurück
6 Grunatos
Salonakrobaten
Geschw. Blumentfeld

Lutsk
6 Chung Hang
Chinesische Gankler
Elvira, Drahtseil
Simoa u. Arlard
Pierrots am Rock.

Stg. 3 1/2 Uhr jed. Er
wachsene 1 Kind frei

Circus Busch
Heute Sonntag 7 1/2 Uhr:
Das gr. Circus-Programm
Geschw. Chaveriat
u. Drahtseilkünstler. u.
3 Urbanis, Kraturner
Amateur-Reiten

100 M. Belohnung erhält,
wer dreimal stehend die
Manege umreitet.
Sowie die übr. Nummern.

9 Uhr: Feuertanz
in „Aphrodite“

Casino-Theater
Lothringersstr. 37. Tägl. 7 1/2 u. 9 Uhr:
Des großen Andrangos wegen
noch kurze Zeit verlängert!
Über 100 mal aufgeführt.
Schniepels Lene
und erstklassige Spezialitäten
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Wunderkur

◆ Folies Caprice ◆
Eck Friedrich- u. Lindenstraße
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau
Zwanzelquartierung.
Oh dieser Nowack!
mit Ferdinand Gräneckner
in den Hauptrollen.

Winter-Garten
Täglich 7.30 Uhr:
Variété-Spielplan
Ranchen gestattet!

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Silbe-Sänger.

9 ehem. Mitgl. der
Stettiner Sänger.
Sonnt. nachm. 3 Uhr.
ermäß. Preis. (voll.
Abend-Programm.
Blühgen-Konzert.
Beginn 7.10 Uhr.
Zum Schluß:
Die lieben Verwandten.
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr.

Olympia-Theater
(früher Voltz, Badstr. 58)
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:
Eine lust. Doppelhehe
Operette in 3 Akten.
Musik von Linke.

Admirals-Palast
Die lustige Puppe
7 1/2 Uhr.

ORIENT
Strausberger Platz
3 Min. vom Alexanderplatz.
Größtes und schönstes
Kabarett in Berlin NO.

Rosel Körner
Bernhard Bernhardt
Clown Dolly
Lilian Denis
Loni Wagener und Partner
Elli N. Merry Lorley
Hans Mathes
Hugo Hanfild

Großes Schauspielhaus
Sonntag, 29. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr
außer Abonnement:

„Orestie“.
Regie: Max Reinhardt.

Hauptrollen:
Ernst Deutsch, Auguste Blaudon, Paul Hartmann,
Ella Petrus, Ferdinand Gregori, Walter Reblisch,
Josef Klein, Ilse Cobanis, Margarete Kupfer, Paul
Kange, Feig Richard, Ludwig Körner.

Preise der Plätze: M. 11,30 bis M. 2,10.
Wiltens Theaterkasse, A. Berthelm u. Jungalldendant.

Theater in Königgrätzer Str.
Spielplan-Änderung.

Wegen Erkrankung des Darstellers der Titelrolle,
Herrn Ludwig Kanton, muß die Aufführung von
König Nicolo
abermals verschoben werden; statt dessen
heute Sonntag, den 28. Februar, 7 1/2 Uhr,
und Sonntag, den 29. Februar, 7 1/2 Uhr:

Schloß Wetterstein
mit Maria Desin, Joana Kalph, Rose Weißbach,
Johannes Niemann, Ernst Densberg, Reg. Gerl.
Am Mittwoch, den 3. März, zum 100. Male:
Schloß Wetterstein.

WIENER RESTAURANT
Inh. JOSEF ZOLLER
Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41
Fernsprecher: Steinplatz 8025
nahe Zoo) zwischen Kanstraße und Korfürstendamm

Reliehall-Theater
Jeden Abend 7 1/2, und
Sonnt. 10.30 Uhr:
Stettiner
Sänger.
Rachmittags
ermäßigte Preise!

Kupfer 22,00
Messing .. 12,00
Blei 8,00
Zink 7,00
Quecksilber . 150,00
Metalleinkauf
Schulzendorfer Str. 2
Mitgl. d. Vereins d. Altmittel-
händler Groß-Berlins.

Zigarren!
Zigarillos!
An Hoteliers, Gast- und
Restaurants liefert ich
in Zigarren 80, 85, 90, 100, 125 Stk.
Zigarillos . . . 45, 50, 55, 60 Stk.
Probefertigungen in Original-
packungen gegen Nachnahme.
S. Jungmann,
Charlottenburg 48, Rantstr. 30.

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in jeder gewünschten
Holz- und Stahlg.
Einzelne Möbel
Farbige Küchlein
in großer Auswahl
in bester Ausführung
zu soliden Preisen.
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung.

Kluge
Charlottenburg
Wilmsdorf-Str. 19

Große, sehenswerte
Möbel-
Ausstellung
Speisezimmer, Herren-
zimmer, Schlafzimmer
Wohnzimmer, Wohn-
salons, Dielen, Küchlein
usw. usw.

Besichtigung lohnend u. erwünscht
Verkauf zu sehr soliden Preisen.
Echte Perier und deutsche
Teppiche, Echte Kristalle, Por-
zellan, Kronen, Klübbel u.
Sofas in Leder und Gobelin.
:: Kunstmöbel aller Art. ::

M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dirschstraße 31
am Bahnh. Alexanderplatz, Ecke Königsgraben.

Menthol-Dragees
ein Vorbeugungsmittel gegen
Erfältungen, Grippe, Influenza.
Pelikan-Apothek,
Berlin W 8, Leipziger Straße 93.



M. Pech
BERLIN-W 35

Dauerwäsche
Reine Celluloidware.
Bestes Fabrikat :: Moderne Formen.

Großes Lager in unseren 21 eigenen Geschäften in Groß-Berlin.

MÖBEL
Herren-, Speise-, Schlafzimer
bunte Küchlein, einzelne Möbel
Teilzahlg. gestattet. Liefere auch auswärts
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.

Möbel-Gross
Große Frankfurter Straße 141
5 Min. v. Schles. Bahnh.
Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße
5 Min. v. Stettiner Bahnh.
Kriegsanl. nehme mit 85% in Zahlung.

Ankauf
Juwelen
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co.
Kanonierstr. 9

Möbel
Wir kaufen
KUPFER
Blei, Zink
MESSING
Stanniol
Zinnfolie
Quecksilber
Aluminium
Celluloid
Metallabfälle
Platin, Gold,
Silber
PETERS
Prenzlau-Str. 24
MÖBUS
Waldstraße 3
G. ERMEL
Gubener-Str. 39
DEGENER
Schöneberg
Bahnhofstraße 46
H A A S E
Skalitzer-Str. 55a
Ecke Luisenpark-Platz
Höchste Preise!

Beiser
Lothringer Str. 67.
Gekaufte Möbel können
beliebige Zeit kostenlos
lagern. Besuch lohnend.

Zigaretten
Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Ant
und Blei, auch Edelmetalle
tauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66
Hermannplatz. Tel. 13589.

Zigaretten
Pro Kiste von 20, 120, an
100 Stück
Zigaretten
Mark 70, an
Beste Bezugsquelle f. Großverle
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (a. Kreuzberg)

Wächter
bei guter Bezahlung für sofort
gestalt. Schriftliche Bestätigung
unter G. 49 an die Konzern-
expedition des „Bor.“ 9016

Infallatoure
gestalt. Tariflohn.
Rutsatz & Co.
Saubere Tischwäsche,
Post-Vantawert (Wäsche)

Junger Mann
mit nur besten Empfehlungen
als Registraturgehilfe und Bote
zum sofortigen Eintritt von
Großhandelsfirma verlangt.
Angebote mit Angabe der Ge-
haltensansprüche und Zeugnis-
abschriften unter B. N. 7. 968 an
Ala - Haasenstein & Vogler,
Berlin W 35. 8612

Arbeiterinnen
für leichte Arbeiten stellt ein
Hermann Abstoß,
Reutlin, Herthastraße 68.

Tüchtige
branchekundige erste Verkäuferin
für meine umfangreiche Abteilung Damen- und
Mädchenkonfektion zum sofortigen Eintritt ge-
sücht. Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und
Gehaltsansprüchen erbeten an
Warenhaus F. Schwarz
Potsdam.

Alte Gebisse
zahlt höchste Preise für
Kupfer, Messing, Zinn,
Jahrgänge, Gold, Silber,
Platin, Quecksilber, usw.
Wohnen 21-100 St. Gold- und
Silberbruch taufst übermader,
Weidenburger Str. 22. 9065

Stellenangebote
NAG
761
werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Ein-
stellungen im Einverständnis mit der Nationalen
Automobil-Gesellschaft u. G., Berlin-Doro-
theenstraße, Döberitz 1-3.

Elektromonteur,
an selbständiges Arbeiten gewöhnt, für größere Fabrikanlage
(Stadt und Kraft) gesucht. Spinnstoff-Fabrik Schleibach,
Berlin-Charlottenfelde 1, Schilichstr. 2.

50 Bootsbauer
und Schiffszimmerer,
aber nur mit der Ausführung
sauberster Jachtarbeit vertraut
Haben dauernde Beschäftigung unter guten
Bedingungen.
Albatros G. m. b. H.,
Berlin-Friedrichshagen.

Tüchtigen Bronzeur
als Bearbeiter einer großen Bronzerei und Schloßschlosserei
suchen **Gebr. Isacel, Berlin SO 26, Strietter Str. 27, 30, 30/31**

Tüchtige Steinmetzen und Schleifer
auf Marmor für Toilettenarbeiten gegen hohen Lohn sofort
gesucht.
Hugo Wiesengrund, Marmorwerke,
Steinerne Renne bei Wernigerode (Harz).

Wir suchen zum baldigen Eintritt für die
mechanische Werkstatt tüchtige, energische
Schlossermeister.
Gelegene Bewerber mit langjähriger,
praktischen Erfahrungen im allgemeinen Me-
chanikbau und Montage, die an selbständiges
Arbeiten gewöhnt sind und Gewandtheit im
Bedienen mit Werkzeugen besitzen, werden ge-
sucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften,
Gehaltsansprüchen sowie Lichtbild und Angabe
des frühesten Eintrittstermin einzureichen an
A. E. G. Kabelwerk Oberspreewald,
Berlin-Oberhühnewald.

Wagenbauer,
mehrere, für dauernde Be-
schäftigung, firm auf Dejmäl-
Tafel- und Baumgewichtswagen,
die möglichst lustigen können,
werden sofort eingestellt von
Schwalbe & Krämer,
Wagenfabrik,
Berlin N.,
Elsasser Str. 29.

Für einen hiesigen größeren
Polierlag wird ein ebener und
durchaus zuverlässiger
Wagenbauer,
Rutsatz & Co.,
Saubere Tischwäsche,
Post-Vantawert (Wäsche)

Friseur
möblerrfahren in Inbulation
und Schönheitspflege, findet
Stellung in großer Provinz-
stadt Kommerzien-Adressen
unter „Ovet“ mit Photo-
graphie und Gehaltsforderung
an **Examenes Wannen-
Expediton, Drammen (Nor-
wegen),** 1878

Arbeiterinnen
gemäßl. für leichte Montage
Heiner stellt. Apparate gesucht.
Hermann Abstoß,
Reutlin, Herthastraße 68.

Ankauf
von allen edlen
und unedlen Metallen
Gegr. **Metallkontor** Gegr.
1903 1903
W. John
Berlin SW 68, Aite Jakobstraße 138
(Halleisches Tor).
Telephon: Moritzplatz 12 858.
Geöffnet werktäglich 9-4 Uhr.
Postwertsendungen werden gewissenhaft
und prompt erledigt.
Näheres im Sonntagsinserat.

Möbel

gegen bar
zu soliden Preisen
Bürgerliche
Wohnungseinrichtungen
Wohn-, Schlaf-,
Speise- und
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchlein
Teilzahlung gestattet!
Gebr. Kaßner
Billowstr. 6 am Nollendorfsplatz.

Metallschmelze
Chemikal
am Kottbuser Tor 22
(Kottbuser Tor)
zahlt höchste Preise für
Kupfer, Messing, Zinn,
Jahrgänge, Gold, Silber,
Platin, Quecksilber, usw.

Alte Gebisse
zahlt höchste Preise für
Kupfer, Messing, Zinn,
Jahrgänge, Gold, Silber,
Platin, Quecksilber, usw.

Stellenangebote
NAG
761
werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Ein-
stellungen im Einverständnis mit der Nationalen
Automobil-Gesellschaft u. G., Berlin-Doro-
theenstraße, Döberitz 1-3.

Wagenlackierer,
Modellstichler und
Automobilstatter
werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Ein-
stellungen im Einverständnis mit der Nationalen
Automobil-Gesellschaft u. G., Berlin-Doro-
theenstraße, Döberitz 1-3.

Elektromonteur,
an selbständiges Arbeiten gewöhnt, für größere Fabrikanlage
(Stadt und Kraft) gesucht. Spinnstoff-Fabrik Schleibach,
Berlin-Charlottenfelde 1, Schilichstr. 2.

50 Bootsbauer
und Schiffszimmerer,
aber nur mit der Ausführung
sauberster Jachtarbeit vertraut
Haben dauernde Beschäftigung unter guten
Bedingungen.
Albatros G. m. b. H.,
Berlin-Friedrichshagen.

Tüchtigen Bronzeur
als Bearbeiter einer großen Bronzerei und Schloßschlosserei
suchen **Gebr. Isacel, Berlin SO 26, Strietter Str. 27, 30, 30/31**

Tüchtige Steinmetzen und Schleifer
auf Marmor für Toilettenarbeiten gegen hohen Lohn sofort
gesucht.
Hugo Wiesengrund, Marmorwerke,
Steinerne Renne bei Wernigerode (Harz).

Wir suchen zum baldigen Eintritt für die
mechanische Werkstatt tüchtige, energische
Schlossermeister.
Gelegene Bewerber mit langjähriger,
praktischen Erfahrungen im allgemeinen Me-
chanikbau und Montage, die an selbständiges
Arbeiten gewöhnt sind und Gewandtheit im
Bedienen mit Werkzeugen besitzen, werden ge-
sucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften,
Gehaltsansprüchen sowie Lichtbild und Angabe
des frühesten Eintrittstermin einzureichen an
A. E. G. Kabelwerk Oberspreewald,
Berlin-Oberhühnewald.

Wagenbauer,
mehrere, für dauernde Be-
schäftigung, firm auf Dejmäl-
Tafel- und Baumgewichtswagen,
die möglichst lustigen können,
werden sofort eingestellt von
Schwalbe & Krämer,
Wagenfabrik,
Berlin N.,
Elsasser Str. 29.

Für einen hiesigen größeren
Polierlag wird ein ebener und
durchaus zuverlässiger
Wagenbauer,
Rutsatz & Co.,
Saubere Tischwäsche,
Post-Vantawert (Wäsche)

Friseur
möblerrfahren in Inbulation
und Schönheitspflege, findet
Stellung in großer Provinz-
stadt Kommerzien-Adressen
unter „Ovet“ mit Photo-
graphie und Gehaltsforderung
an **Examenes Wannen-
Expediton, Drammen (Nor-
wegen),** 1878

Arbeiterinnen
gemäßl. für leichte Montage
Heiner stellt. Apparate gesucht.
Hermann Abstoß,
Reutlin, Herthastraße 68.

Ankauf
von allen edlen
und unedlen Metallen
Gegr. **Metallkontor** Gegr.
1903 1903
W. John
Berlin SW 68, Aite Jakobstraße 138
(Halleisches Tor).
Telephon: Moritzplatz 12 858.
Geöffnet werktäglich 9-4 Uhr.
Postwertsendungen werden gewissenhaft
und prompt erledigt.
Näheres im Sonntagsinserat.

Tüchtige
branchekundige erste Verkäuferin
für meine umfangreiche Abteilung Damen- und
Mädchenkonfektion zum sofortigen Eintritt ge-
sücht. Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und
Gehaltsansprüchen erbeten an
Warenhaus F. Schwarz
Potsdam.

Alte Gebisse
zahlt höchste Preise für
Kupfer, Messing, Zinn,
Jahrgänge, Gold, Silber,
Platin, Quecksilber, usw.

Stellenangebote
NAG
761
werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Ein-
stellungen im Einverständnis mit der Nationalen
Automobil-Gesellschaft u. G., Berlin-Doro-
theenstraße, Döberitz 1-3.

Wagenlackierer,
Modellstichler und
Automobilstatter
werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Ein-
stellungen im Einverständnis mit der Nationalen
Automobil-Gesellschaft u. G., Berlin-Doro-
theenstraße, Döberitz 1-3.

Elektromonteur,
an selbständiges Arbeiten gewöhnt, für größere Fabrikanlage
(Stadt und Kraft) gesucht. Spinnstoff-Fabrik Schleibach,
Berlin-Charlottenfelde 1, Schilichstr. 2.

50 Bootsbauer
und Schiffszimmerer,
aber nur mit der Ausführung
sauberster Jachtarbeit vertraut
Haben dauernde Beschäftigung unter guten
Bedingungen.
Albatros G. m. b. H.,
Berlin-Friedrichshagen.

Tüchtigen Bronzeur
als Bearbeiter einer großen Bronzerei und Schloßschlosserei
suchen **Gebr. Isacel, Berlin SO 26, Strietter Str. 27, 30, 30/31**

Tüchtige Steinmetzen und Schleifer
auf Marmor für Toilettenarbeiten gegen hohen Lohn sofort
gesucht.
Hugo Wiesengrund, Marmorwerke,
Steinerne Renne bei Wernigerode (Harz).

Wir suchen zum baldigen Eintritt für die
mechanische Werkstatt tüchtige, energische
Schlossermeister.
Gelegene Bewerber mit langjähriger,
praktischen Erfahrungen im allgemeinen Me-
chanikbau und Montage, die an selbständiges
Arbeiten gewöhnt sind und Gewandtheit im
Bedienen mit Werkzeugen besitzen, werden ge-
sucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften,
Gehaltsansprüchen sowie Lichtbild und Angabe
des frühesten Eintrittstermin einzureichen an
A. E. G. Kabelwerk Oberspreewald,
Berlin-Oberhühnewald.

Wagenbauer,
mehrere, für dauernde Be-
schäftigung, firm auf Dejmäl-
Tafel- und Baumgewichtswagen,
die möglichst lustigen können,
werden sofort eingestellt von
Schwalbe & Krämer,
Wagenfabrik,
Berlin N.,
Elsasser Str. 29.

Für einen hiesigen größeren
Polierlag wird ein ebener und
durchaus zuverlässiger
Wagenbauer,
Rutsatz & Co.,
Saubere Tischwäsche,
Post-Vantawert (Wäsche)

Friseur
möblerrfahren in Inbulation
und Schönheitspflege, findet
Stellung in großer Provinz-
stadt Kommerzien-Adressen
unter „Ovet“ mit Photo-
graphie und Gehaltsforderung
an **Examenes Wannen-
Expediton, Drammen (Nor-
wegen),** 1878

Arbeiterinnen
gemäßl. für leichte Montage
Heiner stellt. Apparate gesucht.
Hermann Abstoß,
Reutlin, Herthastraße 68.

Ankauf
von allen edlen
und unedlen Metallen
Gegr. **Metallkontor** Gegr.
1903 1903
W. John
Berlin SW 68, Aite Jakobstraße 138
(Halleisches Tor).
Telephon: Moritzplatz 12 858.
Geöffnet werktäglich 9-4 Uhr.
Postwertsendungen werden gewissenhaft
und prompt erledigt.
Näheres im Sonntagsinserat.

Arbeiter! Angestellte!

Wirtschaft.

Berliner Ausverkäufe.

Im „Allgemeinen Handelsblatt“ Amsterdam finden wir ein auffälliges Infestat „Kapitalisten“, in dem ein Friedländer Direktor Koniza, Südwestkors 5, Kapitalisten, die in Berlin Grundstücke kaufen möchten, mit Angebot versehen will. Es soll sich um eine in rechtsparteilichen Kreisen bekannte Friedländer Persönlichkeit handeln, die im Adreßbuch als Eigentümer und Direktor der Wirtschaftsgesellschaft der Grundbesitzer der verschiedenen Gemeinden aufgeführt ist. Kommentar überflüssig.

Die Rohstoffversorgung der Textilindustrie. Deutsche Defonmie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin N.W., Unter den Linden 88a. Die Herren Reichs-Chemisch (Sonditus des Verbandes sächsischer Textilindustrieller, Legien (Vorsitzender der General-Kommission der Gewerkschaften) und Vizepräsident Dlof Hübner als Gesellschafter. Die Gesellschaft soll die Vermittlung zwischen den ausländischen Kreditgebern und der deutschen Textilindustrie betreiben. Deutsche Textilfabrikate werden dem Ausland angeboten. Die Preisprüfung wird durch die Außenhandelsstelle erfolgen. Abgetrennt der ausländische Käufer die Offerte, so wird er im voraus die Zahlung in ausländischer Valuta leisten, so daß der deutsche Textilfabrikant in die Lage kommt, die nötigen Rohstoffe mit hochwertiger Valuta zu bezahlen. Das Verfahren ist gegenüber der Friedländer umgekehrt.

Preussische Pfandbrief-Bank in Berlin. (Vogelstr. 1. Begr. 1882 Aktienkapital 24 Millionen.) Der Direktor berichtet, daß die flüssigen Mittel beträchtlich seien. Aus den längeren Ausführungen heben wir heraus: In den Städten kann nicht gebaut werden (da die Landwirtschaft hat so gut wie gar keinen Kreditbedarf. (Das glauben wir auch!) Als einziger Weg, Hypothekmaterial zu beschaffen, bleibt der Kleinwohnungsbau übrig, den zu pflegen schon aus Interesse für die Allgemeinheit man sich bereit erklärt hat, da die Lebersteuerung durch Zuwendung des Reichs, der Staaten und Kommunen wieder ausgeglichen werden soll. Doch kommt auch diese Tätigkeit nicht vom Fleck, weil für die zu gewährenden Darlehen nicht die genügende rechtliche Sicherheit zu bekommen war. Besser ist das Geschäft in kommunalbarischen. Die Bank bevorzugt natürlich solche, die nicht nur schon früher, sondern auch jetzt eine Verwaltungspolitik betrieben haben, die nicht von Parteiinteressen beunruhigt ist. (Ein Dieb gegen Berlin!) Durch den Verlust großer Gebietsteile Deutschlands, die vorwiegend landwirtschaftlichen Zwecken dienen, wird es jetzt dringend notwendig sein, das verbliebene Gebiet für landwirtschaftliche Zwecke so intensiv wie möglich zu vertieren. Dies könne nur gelingen durch Uebernahme von Debländereien und Mooren oder durch Verbesserung der bisher schon unter Kultur stehenden Ländereien. Hierfür sind unter den heutigen Verhältnissen ganz erhebliche Geldbeträge erforderlich, und die Hypothekbanken werden in erster Linie dazu berufen und in der Lage sein, dieses Geld in Form von Restitutionskrediten aufzubringen.

Die Bedeutung des Handwerks zeigen folgende Zahlen: Es gab 1.250.000 selbständige Handwerksbetriebe vor dem Kriege, jetzt 1.400.000. Auf den selbständigen Handwerksmeister entfallen durchschnittlich 2,05 Familienangehörige, so daß die Meister mit Frau und Kind 4 Millionen Menschen ausmachen. Das Handwerk hat rund den dritten Teil aller in Deutschland verbrauchten Güter erzeugt. Mit ihren Frauen können die Meister 2 1/2 Millionen Stimmen bei den Wahlen in die Reichsversammlung bringen, haben aber kaum den vierten Teil.

Vertrag über die Auflösung der Volksbank (ehemalige Reichsbank) in Sowjetrußland. Die Nationalisierung der Industrie vereinigt in den Händen des Staates die wichtigsten Produktions- und Versorgungswirtschaften. Zugleich hat sie die gesamte staatliche Industrie und den Handel dem allgemeinen Staatshaushalt eingeordnet, was die Notwendigkeit einer weiteren Benützung der Volksbank (ehemalige Reichsbank) als eines staatlichen Kreditinstituts in der früheren Bedeutung dieses Wortes ausschließt. Obgleich das System des Bankkredits für die kleine Privatindustrie und die Bedürfnisse einzelner Bürger, die ihre Ersparnisse in der Staatskasse deponieren, noch von Wichtigkeit ist, so verlangen doch selbst diese Operationen, da sie im volkswirtschaftlichen Leben allmählich ihre Bedeutung verlieren, das Bestehen besonderer Banken nicht mehr.

Die Zellulosefabrik von Gebr. Fiedler in Herß ist von der Firma Stinnes käuflich erworben worden, die sie als Aktiengesellschaft weiter betreiben und ausbauen will. — Die Metallziegerei A. G. in Köln ist auf Gebr. Stumm übergegangen.

Die Imperator-Motorenwerke wollen die Werkanlagen in Wittman verkaufen oder das Vermögen der Gesellschaft als Ganzes einem inländischen Konsortium übergeben.

Die Sympelpreise der nächsten Ernte. Zwischen den Gemüsehauern und den Braunschweiger Konfervenfabrikanten wurden folgende Preise vereinbart: Erste Sorte 2,10 M., zweite Sorte 1,80 M., dritte Sorte 1 M. und vierte Sorte 80 Pf. Da die leere Konfervenbüchse durchschnittlich 3 M. kostet und die allgemeinen Unkosten wie Böhne, Kohlenpreise usw. stark gestiegen sind, werden wir in diesem Jahre mit teuren Konserven zu rechnen haben.

Der Wirtschaftsverband der deutschen Schreibfedernindustrie erhöhte rückwirkend ab 20. Januar den Großhandelspreis für Schreibfedern um 75 Proz. von 6,75 M. auf 11,85 M. das Gros.

Das Gefehndat bis 30. September zwangsweise verlängert. Es bestehen Bestrebungen, den freiwilligen Zusammenschluß der Gefehndanten herbeizuführen, jedoch seien die Ausfichten für das Zustandekommen noch ungeklärt.

Deutsche Werke A. G. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Marineverwaltung und dem Reichshauptministerium geht die Torpedowerk der Reichswerke in Wilhelmshafen in die Verwaltung der Deutschen Werke A. G. über, die eine Gründung des Reichs ist. Leitung der Torpedowerk Marinebauart Winter.

Einrichtung einer Eisenbahnwagen-Reparaturwerkstatt. Für eine Wagenreparaturwerkstatt größten Stils für die Reichseisenbahnen erwarb der Reichsverkehrsminister die Pulverfabrik Plaus bei Gemth. Kaufpreis 60 Millionen.

Neue Bergwerke an der Ruhr. Die neu angelegte Zeche Gonsjans bei Langendreer und die Stollengrube Vincent haben mit der Kohlenförderung begonnen. Die vor etwa 30 Jahren stillgelegte Zeche Helene bei Witten soll wieder in Betrieb gesetzt werden.

Som Metallmarkt. Für Meierzeugnisse erfolgt eine neue Erhöhung seitens der Verlaufsstelle für gewalzte und gebrochene Walzwerke in Köln. Der Preis erreicht nun 2100 M. für 100 Kilogramm. Anfang Dezember 850 M. Die Metallhändlervereinigung wird wieder Aufbesserungen einreden lassen. Der Kupferblechverband in Kassel hat ebenfalls die Preise heraufgesetzt, und zwar um 328 M. auf 5205 M. Auch diese Steigerung erfolgte wieder nach einer Woche.

Stückbauaufnahme. Der Reichskommissar für Metallwirtschaft fordert eine Inventuraufnahme über die Bestände an Feingut, Häuten, Rohgummi, Kautschuk und Abfallgummi. Die Einrichtung und Führung besonderer Lagerbücher ist vorgeschrieben und Auskunft durch Bestandsmeldung gefordert. Verpflichtet hierzu ist, wer innerhalb der Zeit vom Beginn des 28. Februar 1920 bis zum Ende des 20. März 1920 eigene oder fremde Bestände in fremdem Gewerbetrieb hat, wenn die Gesamtmenge aller genannten Sorten jeweils innerhalb des angegebenen Zeitraums das Gewicht von 5000 kg erreicht oder übersteigt. Zu widerhandlungen werden mit Strafen bedroht. Vorräte, die veräußert werden, können als dem Staate verfallen erklärt werden, einerlei, ob sie den Ausfuhrpflichtigen gehören oder nicht.

Diese Erkenntnis ist als gewaltiger Fortschritt zu buchen. Wäre immer noch dem Grundgesetz gehandelt worden, daß die Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes zu erfüllen sind, so wäre sehr viel unsicherer Streit in den Gewerkschaften vermieden worden. Nicht nur bei den Betriebsrätewahlen hat diese Unterordnung Platz zu greifen, sondern in allen Fragen ist die gleiche Disziplin zu üben.

Für uns entsteht nun die Frage, ob diesen Worten

eine ehrlidhe Tat

folgen wird und kann. Betriebsrätewahlen nach den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes, auf dem Boden der Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses und unter Ausschaltung parteipolitischer Streitfragen können nur geleitet werden von Gewerkschaften, die selbst auf diesem Boden stehen. Das ist aber bei denjenigen Berliner Gewerkschaften nicht der Fall, in denen Unabhängige und Kommunisten die Herrschaft in der Hand haben. Sie haben noch den „Vorwärts“ als Publikationsorgan boykottiert, schließen seinen Berichterstatter aus und machen so einem großen Teil der Mitglieder die Teilnahme an den Organisationsveranstaltungen fast unmöglich. In diesen Organisationen ist bis zur äußersten Konsequenz und zum Teil durch ausdrückliche Beschlüsse der Grundsatze durchgeführt, daß Gewerkschaftsfunktionen nur ausgeübt werden dürfen von Mitgliedern, die politisch auf dem Boden der U. S. P. oder der S. P. D. und auf dem Boden des politischen und wirtschaftlichen „revolutionären“ Räteystems stehen. Die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Mitglieder führen hier seit Monaten einen ähnen Kampf um ihre

organisatorische Gleichberechtigung

und um die Erhaltung des gewerkschaftlichen Charakters der Organisation. Die Herrschaft der Unabhängigen hat nicht nur zum Niederkommen der S. P. D.-Anhänger in den Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen, sondern auch in zahlreichen Fällen zu ihrer gewaltsamen Enttarnung und der Arbeitsstelle geführt. Die Leiter dieser Gewerkschaften fühlen sich auch durchaus nicht als Vertreter aller Mitglieder, sondern nur als Vertreter ihrer Partei. Das geht deutlich auch daraus hervor, daß die Erklärung vom 26. Februar unter anderem von den „U. S. P.-Vorständen der Berliner Gewerkschaften“ unterzeichnet ist.

Aber die Unabhängigen haben auch gar keine Absicht, unpolitische Wahlen zu machen. Ihre „Disziplin“ geht nur so weit, daß sie ihre „revolutionären“ Listen jetzt unter der Firma der Gewerkschaften aufstellen werden. Bereits in der genannten Erklärung heißt es:

„Die Vorstände haben das Vertrauen zu dem Klassenbewußtsein der Berliner Arbeiterschaft, daß sie auch diese Wahlen zu einem Sieg des revolutionären, sozialistischen Gedankens gehalten werden.“

Noch deutlicher aber kommt diese Absicht in einem am 27. Februar in der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf des Räteverbandes Groß-Berlin der U. S. P. und der Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins zum Ausdruck, in dem ausdrücklich aufgerufen wird, um den Plänen des Gewerkschaftsbundes entgegenzuwirken, nur solche Personen in die Betriebsräte zu wählen, die Gegner der Arbeitgemeinschaften sind, die für Industrieverbände aller Hand- und Kopfarbeiter eintreten, die den Ausbau des Räteystems als Kampfmittel zur Befestigung des kapitalistischen Systems vertreten und so weiter. Damit sind die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes und die grundlegenden Beschlüsse des Nürnberger Kongresses wieder glatt verlassen.

Es ist also der Schwindel, wenn die unabhängigen Gewerkschaftsvorstände usw. auf dem Boden der Richtlinien des Gewerkschaftsbundes für die Betriebsrätewahlen zu treten vorgehen, in Wirklichkeit aber ihre bisherigen Pläne ausführen wollen. Ihre Absicht geht dahin, die Anhänger der S. P. D. in den Gewerkschaften an der Durchbringung ihrer Kandidaten zu hindern und sich selbst vor dem Ausschluß aus den Gewerkschaften zu schützen. Diese Taktik gibt es zu durchkreuzen. Im völligen sachlichen Einklang mit den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes bleiben wir daher auf unserem Beschluß, daß die Anhänger der S. P. D. in allen Betrieben mit selbständigen, wahrhaft gewerkschaftlichen Listen bei den Betriebsrätewahlen vorzugehen haben, bestehen.

Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin der S. P. D. Der Vollzugsrat der S. P. D.-Arbeiterräte Groß-Berlins.

diente weniger dem Allgemeinwohl, als vielmehr ihren Besitzern als ergiebige Einnahmequelle. Daran änderte auch die Uebernahme in den Staatsbesitz nicht viel, denn auch da galt es möglichst hohe Ueberkäufe für andere Staatszwecke herauszuwirtschaften. Darunter mußte natürlich die Arbeitslosigkeit des Personals ererblich leiden und ein Rückblick auf die Vergangenheit zeigt uns, daß in der Tat alle die Jahre hindurch eine tiefe Unzufriedenheit durch die Reiben der Eisenbahnbeamten ging, die sich mit jedem Kriegsjahr steigerte. Jetzt hat sich dankenswerterweise das Reichsfinanzministerium bereit erklärt, die letzten Unterliebe zu befeitigen und die Eisenbahner entsprechend ihrer gefahrd. und verantwortungsvollen Tätigkeit, die weiter eine frühzeitige Abnützung der Kräfte zur Folge hat, zu entloohnen. Es ist zu erwarten, daß nach dem Inkrafttreten der neuen Besoldungsgrundzüge die Arbeitsfreudigkeit des Personals wesentlich gesteigert wird und damit endlich die für unsere tröstlichen wirtschaftlichen Verhältnisse so dringend notwendigen Verbesserungen des Verkehrs in Erscheinung treten.

Ausstand im Oberwesterwald.

(Eigene Meldung des „Vorwärts“.)

Frankfurt a. M. Im Oberwesterwalder Kreise sind die Belegschaften von 18 Braunkohlengruben in den Ausstand getreten, weil ihre Forderungen auf 28 M. Mindestlohn, von 30 M. Durchschnittslohn, freies Licht in den Gruben und 100 Zentner Kohle zum Zentnerpreise von 2,50 M. von den Unternehmern nicht angenommen sind. In einer Sitzung des Schlichtungsausschusses fanden in Gegenwart des Reichsstaatskommissars Verhandlungen statt, bei denen Zugeständnisse gemacht wurden und zwar 22 M. täglicher Mindestlohn und 27 M. Durchschnittslohn bei erhöhter 7 1/2 stündiger Arbeitszeit, kein freies Grubenlicht, aber 100 Zentner Kohlen zum Preise von 2,50 M. Dieses Zugeständnis nahmen die Bergarbeiter nicht an und traten deshalb in den Ausstand. Eine Anzahl elektrischer Ueberlandzentralen ist, durch den Ausstand sehr betroffen.

Präsident Wilson hat Walbridge D. Cobb zum Staatssekretär ernannt.

Die Berliner Führer der Unabhängigen hatten geglaubt, die Betriebsrätewahlen zu einer neuen Festigung ihrer parteipolitischen Herrschaft in den Betrieben und Gewerkschaften benutzen zu können. Sie ließen daher in der Berliner Gewerkschaftskommission, die in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der U. S. P. besteht, den Beschluß fassen, daß diese Wahlen von den Gewerkschaften durchzuführen sind, und daß alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in allen Betrieben nur Kandidaten der freien Gewerkschaften aufzustellen und zu unterstützen haben. Dabei wurde, unter anderem von dem Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes Ruff, zum Ausdruck gebracht, daß „selbstverständlich“ nur Anhänger des revolutionären Räteystems als Kandidaten in Frage kämen.

Die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Gewerkschaftsmitglieder konnten unendlich zu ihrer bisherigen Entrechtung in den Gewerkschaften auch noch diesen geplanten

gewaltsamen Ausschluß aus den Betriebsräten

ruhig hinzusehen. Sie wandten sich daher an den Ausschuß der Gewerkschaftskommission mit dem wiederholten Ersuchen, eine Verständigung mit den verschiedenen politischen Richtungen innerhalb der Gewerkschaften über die Kandidatenaufstellung herbeizuführen. Eine solche Verständigung ist jetzt auch durch die Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorgeschrieben. Die Mehrheit des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission lehnte sie jedoch ab, „da man um politische Wahlen nicht herumkommt“. Die unabhängigen Herrschaften hatten nämlich die Führung der Betriebsrätewahlen durch die Gewerkschaften nur zum Schein beschlossen. Wenige Tage später erschienen sie einen Aufruf in der „Freiheit“ vom 20. Februar, der unterzeichnet war von dem Bezirksverband Groß-Berlin der U. S. P., der Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin und der U. S. P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission, worin sie zur Aufstellung „revolutionärer“ Listen unabhängig von den Gewerkschaften auffordern. Dadurch waren auch die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Gewerkschaftsmitglieder gezwungen, die Aufstellung eigener Listen zu beschließen.

Das Vorgehen der Unabhängigen in dieser Frage bedeutet nichts anderes als die

Sprengung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Anhänger der S. P. D. im Ausschuß der Gewerkschaftskommission veröffentlichten daher eine Erklärung, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Anhängern der Unabhängigen auf dieser Grundlage nicht möglich sei, nachdem eine U. S. P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission entgegen allen Grundsatzen von Treu und Glauben, sich über ihren eigenen Beschluß hinweggesetzt habe und überhaupt völlig selbständige Politik in der Gewerkschaftskommission treibe.

Gleichzeitig gab der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seine Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten heraus, in denen er vorschreibt, daß die Aufstellung der Vorschlagslisten durch die zuständigen Gewerkschaften zu erfolgen hat, daß für die Auswahl der Kandidaten nicht die politische Richtung, sondern gewerkschaftliche und berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit, moralische Festigkeit der Gewerkschaftsmitglieder maßgebend sein müssen. Insbesondere darf eine Befragung der Kandidaten, wie sie sich zur Räteorganisation oder zu einer sonstigen politischen Tagesfrage stellen, nicht erfolgen.

Die Unabhängigen erkannten nunmehr, daß sie sich in der scheinbar so schlan gelegten Schlinge selbst gefangen hatten. Sie standen vor der Gefahr, sich durch ihr Verhalten außerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsorganisation zu stellen. Um dem zu entgehen, lieferten sie scheinbar einen Beweis einer bei ihnen ganz ungewohnten Disziplin, indem sie durch eine Erklärung in der „Freiheit“ vom 26. Februar auf ein selbständiges parteipolitisches Vorgehen bei den Betriebsrätewahlen verzichteten und sagten:

„Unterdessen hat die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in den Wahlkampf eingegriffen. Sie fordert die Aufstellung von einheitlichen freigewerkschaftlichen Listen.“

Dieser Beschluß macht es notwendig, daß auch die Berliner Gewerkschaften gemäß ihrer ursprünglichen Stellungnahme für die Aufstellung freigewerkschaftlicher Listen eintreten.

Die Vorstände können die Verantwortung nicht übernehmen, daß ein mit den Beschlüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht übereinstimmendes Vorgehen bei den Betriebsrätewahlen von anderer Seite dazu braucht wird, um in jenen Betrieben, wo die Vertreter des grundsätzlichen, sozialistischen Massenkampfgedankens die Mehrheit haben, die Spaltung und Aufspaltung zur Tatsache werden zu lassen.“

Das Schulkompromiß.

Der preussische Schulgesetzentwurf wurde in der Landesversammlung bereits längere Zeit vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung eingebracht. Die Beratungen im Ausschuß zogen sich bis in den Dezember hinein hin. Das Zentrum zweifelte die Vereinbarkeit gewisser Bestimmungen des Gesetzentwurfs (über die Mitgliedschaft der Geistlichen in den Schuldeputationen kraft ihres Amtes, also ohne gewählt zu sein) mit der Reichsverfassung an. Auf seine Anregung wurden die Reichsinstanzen zur Entscheidung angerufen. Diesen unterbreitete im Januar das preussische Kultusministerium ein ausführliches Gutachten, das die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Reichsverfassung nachzuweisen suchte. Die Reichsregierung hat sich indes im entgegengekehrten Sinne ausgesprochen, weil nach der Reichsverfassung bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes in dieser Beziehung nichts geändert werden darf, und das preussische Staatsministerium hat beschlossen, sich in dieser Frage dem Gutachten der Reichsregierung zu fügen und den stützigen Paragraphen zurückzuziehen. Der rathen Erledigung der übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs dürften nunmehr weitere Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen.

Eisenbahnbeamten und Besoldungsreform.

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird und geschrieben:

Der großen Öffentlichkeit dürfte weniger bekannt geworden sein, daß seit Monaten fleißig daran gearbeitet wurde und noch wird, die Besoldungsbedingungen der Eisenbahnbeamten, von denen ein großer Teil bisher Staatsbeamten waren, neu zu regeln. Die Vorschläge, die das Reichsfinanzministerium nunmehr der Nationalversammlung unterbreitet hat verdienen alleseitige Beachtung, denn sie atmen durchaus modernen Geist und beruhen, alles, den Beamten zugesagtes Unrecht gut zu machen. Ganz besonders gilt das für die Eisenbahnbeamten. Die historische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß das Eisenbahnpersonal bisher nicht entsprechend seiner verantwortungs- und gefahrdollen Tätigkeit gewürdigt wurde. Die Eisenbahn war zu Anfang privatkapitalistischer Besitz und

